

Vertraulich / Confidential

3003 Bern. 12. Februar 1991

NATIONALRAT
KOMMISSION FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

HAUPTPROTOKOLL

der Sitzung vom 12. Februar 1991,
08.00 - 12.00 Uhr
in Bern. Parlamentsgebäude. Zimmer 3

TAGESORDNUNG:

2. 90.049 s Auslieferungsvertrag mit der Republik der Philippinen.
3. Information zur Friedenspolitik der Schweiz und zum KSZE - Prozess. Information zu den Punkten Jugoslawien, Taiwan und Baltikum. (Siehe Teilprotokoll 1)
4. 90.262 n Pa.Iv Jaeger: Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft. Anhörung des Initianten und Beschluss über weiteres Vorgehen. (Siehe Teilprotokoll 2)
5. Verschiedenes (Siehe Teilprotokoll 2)

ORDRE DU JOUR

2. 90.049 s Traité d'extradition avec la République des Philippines.
3. Information sur la politique pacifique de la Suisse et sur le procès KSZE. Information sur les points La Yougoslavie, Le Taïwan et les états baltes (Voir procès-verbal particulier 1)
4. 90.262 n Iv.pa. Jaeger: Ouverture de négociations en vue de l'adhésion à la Communauté européenne (Voir procès-verbal particulier 2)
5. Divers (Voir procès-verbal particulier 2)

TEILNEHMERPräsidium: Bundi

Anwesende Mitglieder: Damen und Herren Auer, Bär,
Bäumlin, Bircher Silvio,
Dietrich, Frey Walter, Grassi,
Grendelmeier, Loretan,
Mühlemann, Petitpierre,
Revaclier, Rychen, Zbinden P,
Ziegler

Entschuldigt: Burckhardt, Cevey, Euler,
Portmann, Rohrbasser,
Segmüller, Wyss Paul.

Weitere Teilnehmer:

- Hess Peter, Direktor des Bundesamtes für Polizeiwesen
- Schouvey Jean - Dominique
Chef Rechtssetzung und internationale Verträge
- Wyssmann Hans - Peter
Chef Sektion Auslieferung
EJPD

Kommissionssekretariat: Louis Magnin

Protokoll: Herr Bieri (dt)
Mme Baessler (f)

TRAKTANDUM 2

90.049 s Auslieferungsvertrag mit der Republik der Philippinen.
Traite d'extradition avec la République des Philippines.

PRAESIDENT: Bevor wir auf Traktandum 2 eingehen und uns von Herrn Hess anstelle von Herrn BR Koller über den Sachverhalt informieren lassen, möchte ich noch kurz auf ein Schreiben von Herr Kollege Auer eingehen. Es wurde von Seiten des " Freien Afghanischen Widerstandes " der Wunsch geäußert, dass sich Mitglieder der aussenpolitischen Kommission mit einem Vertreter dieser Gruppierung treffen können. Der Besuch wäre vom 22.2. - 28.2.1991 vorgesehen, und wir lassen zu diesem Zweck eine Liste zirkulieren, wo sich allfällige Interessierte eintragen können.

AUER: Meine Damen und Herren, nur zu Ihrer Orientierung. Die Gruppe " Freier Afghanischer Widerstand " ist in sich selbst gespalten, wie übrigens die ganze afghanische Befreiungsbewegung. Es handelt sich bei betreffender Besucherin um eine Kommunistin. Wie gesagt, ich wollte Ihnen das nur sagen, damit sie wissen mit wem Sie es zu tun haben.

PRAESIDENT: Danke Ihnen für diese Information. Bevor wir jetzt zu den einzelnen Traktanden übergehen, müssen wir noch eine formale Entscheidung treffen. Frau Grendelmeier hat den Antrag eingereicht, dass wir uns heute Herrn Jaeger nur gerade anhören, aber noch keinen Beschluss über das weitere Vorgehen fassen. Sie ist der Meinung, dass eine Beschlussfassung erst nach einer Expertenanhörung zu realisieren sei.

GRENDELMEIER: Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich habe diesen Antrag gestellt, weil ich der Meinung bin, dass es nach der gestrigen Anhörung und der Entwicklung, in der sich die EWR-Verhandlungen befinden unklug ist, jetzt bereits einen Beschluss zu fassen. Die definitive Beschlussfassung hat ja bis zum Juni zu erfolgen, so dass wir genügend Zeit haben, den wichtigen Sachverhalt sorgfältig zu prüfen. (ev: durch Expertenanhörungen)

FREY: Herr Präsident meine Damen und Herren, ich könnte mich damit befreunden, dass wir die Diskussion auf ein Minimum beschränken. Expertenanhörungen in dieser Frage sind aber nicht angebracht, so dass ich vorschlage, diesen Antrag abzulehnen.

AUER: Liebe Kollegen, das ist nun eine derart ausgesprochen politische Frage, dass Ihnen ein Experte nicht weiterhelfen kann. Ich sehe den Sinn von Experten in diesem Zusammenhang nicht ein und würde aus diesem Grund diesen Antrag ebenfalls ablehnen.

GRENDDELMEIER: Ich möchte doch noch einmal betonen, dass wir uns nicht darauf berufen dürfen, dass wir es nicht nötig haben uns durch Experten umfassend informieren zu lassen. Ich persönlich wäre froh um jede Expertenmeinung, da der Sachverhalt doch sehr kompliziert konzipiert ist. Andererseits geht es mir nicht primär um die Expertenanhörung, sondern um das Verschieben eines definitiven Entscheides, um überstürzte Handlungen zu vermeiden. Wie schon erwähnt sollten wir vorerst den Abschluss der EWR-Verhandlungen abwarten und dann über diese Parlamentarische Initiative entscheiden.

DIETRICH: Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir haben ja kürzlich über die ähnlich konzipierten Parlamentarischen Initiativen Petitpierre debattiert und sind nicht darauf eingetreten. Es läuft zudem eine Volksinitiative, die ebenfalls die gleichen Forderungen stellt. Ich bin der Meinung, dass aufgrund der Fülle von gleichlautenden Initiativen eine rasche Entscheidung angebracht erscheint und wir deshalb im Anschluss an die Anhörung von Herrn NR Jaeger einen Beschluss fassen sollten.

PRAESIDENT: Stimmen wir also über diesen Antrag ab:

ABSTIMMUNG - VOTE

Für den Ordnungsantrag Grendelmeier	3 Stimmen
Dagegen	6 Stimmen

PRAESIDENT: Damit können wir übergehen zu unseren Traktanden:
Traktandum 2: Auslieferungsvertrag mit der Republik der Philippinen. Ich darf dazu zunächst Herrn Direktor Hess das Wort erteilen.

HESS: Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Bundesrat beantragt Ihnen mit der Botschaft vom 15. August 1990 Zustimmung zum Auslieferungsvertrag mit den Philippinen. Zuerst einmal ist festzuhalten, dass die zunehmende internationale Kriminalität eine Ausweitung des Instrumentariums ganz allgemein verlangt. Bei den Philippinen war es so, dass sie aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage waren, Auslieferungen vorzunehmen, da kein entsprechende Vertrag bestand. Die Gelegenheit die Frage aufzugreifen ergab sich anlässlich des Besuchs von Frau Aquino in der Schweiz und die damalige Departementschefin hat die Gelegenheit benutzt, Frau Aquino darauf anzusprechen. Sie war sofort bereit, auf Verhandlungen einzutreten, weshalb dann im Februar 1989 in Manila die entsprechenden Beratungen stattfanden. Der Vertrag wurde am 19. Oktober 1989 unterzeichnet (anlässlich des Besuchs des Justizministers der Philippinen in der Schweiz). Der vorliegende Vertrag bietet unserer Ansicht nach keine Schwierigkeiten, er lehnt sich einerseits an das europäische Auslieferungsabkommen, andererseits an den Vertrag, den wir für die Auslieferung mit Australien abgeschlossen haben.

Zur Verdeutlichung: Sie finden in der Botschaft zwei verschiedene Ausdrücke, einerseits wird vom Auslieferungsvertrag CH - Australien gesprochen, andererseits ist vom Auslieferungsvertrag CH - Philippinen die Rede. Dies kommt daher, dass wir vorher einen Vertrag mit Australien abgeschlossen haben, der im pazifischen Raum gewissermassen als schweizer Modell galt. Die Philippinen haben dann ihrerseits mit Australien Verhandlungen geführt, haben dann den Vertrag, den wir mit Australien abgeschlossen haben praktisch übernommen, haben dann aber aus psychologischen Gründen darum gebeten, nicht vom schweizerisch - australischen, sondern vom philippinischen - australischen Vertrag zu sprechen. Inhaltlich entsprechen sich aber diese beiden Verträge fast vollständig.

Der Auslieferungsvertrag mit den Philippinen folgt den Grundsätzen des europäischen Auslieferungsübereinkommens, so dass die vorgeschlagene Regelung mit dem europäischen Auslieferungsrecht kompatibel ist. Der Bundesbeschluss untersteht aus bekannten Gründen nicht dem fakultativen Referendum.

AUER: Ich habe zwei Fragen:

1. Wenn ein Schweizer in den Philippinen ein Verbrechen begeht und er flüchtet in die Schweiz, können dann die Philippinen ein Auslieferungsbegehren geltend machen und wird dem Folge geleistet?
2. Ich verstehe im Bericht in Artikel 2, Ziffer 2 den Begriff " Akzessorische Auslegung " nicht. Könnten Sie mir diesen erläutern?

WYSSMANN: (ad Auer) Herr Präsident, meine Damen und Herren, gemäss dem Bundesgesetz über die internationale Rechtshilfe, das in der Schweiz seit 1983 in Kraft ist, kann ein(e) SchweizerbürgerIn nur mit ihrer schriftlichen Zustimmung für eine Straftat, die sie im Ausland begangen hat, ausgeliefert werden. Im konkreten Fall: Ein Schweizerbürger begeht einen Raub in Manila und flüchtet in die Schweiz. Nichts kann die Philippinen hindern, uns ein Auslieferungsbegehren zu stellen. Der vermutliche Täter muss hier in der Schweiz befragt werden, ob er sich der Auslieferung als Schweizer ins Ausland widersetzt. Wenn er sich widersetzt, wird er gemäss den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches in der Schweiz für die Tat, die er im Ausland begangen hat, zur Rechenschaft gezogen werden. Wir können dem Auslieferungsbegehren in diesem Fall nicht entsprechen, wir behandeln das Auslieferungersuchen als sog. Strafübernahmebegehren, weisen es an die örtlich zuständige Gerichtsbehörde, die dann eine Strafuntersuchung einleiten wird.

Zu Frage 2: Ich muss etwas weiter ausholen, um den Begriff " Akzessorische Auslegung " zu erklären. Wir haben mit den Philippinen vereinbart, dass nur gewisse Taten Anlass zur Auslieferung geben. Das sind alle Taten, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als einem (1) Jahr geahndet werden. Die "kleineren" Straftaten, die weniger als ein Jahr Zuchthaus nach sich ziehen, geben keinen Anlass zu einer Auslieferung. Begeht ein Täter einen Mord und zusätzlich noch "kleinere" Straftaten ist allein der Mord auslieferungsfähig.

Trotzdem kann einem Auslieferungsverfahren aufgrund der "kleineren" Straftaten stattgegeben werden, was den Vorteil hat, dass alle Straftaten mit dem gleichen Strafverfahren geahndet werden können. " Akzessorische Auslegung " nennt man das Anhängen der "kleineren" Straftaten an die grosse Auslieferungstat. Dies wird heutzutage in allen grösseren Auslieferungsverträgen so geregelt, so dass dies allgemeiner Rechtsauffassung entspricht.

PRAESIDENT: Danke für diese sehr plastische Darstellung. Wenn keine weiteren Wortmeldungen zu vermelden sind, können wir zur Abstimmung schreiten.

ABSTIMMUNG - VOTE

Zustimmung zum Bundesbeschluss betreffend Auslieferungsvertrag mit den Philippinen:	12 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

PRAESIDENT: Sie haben diesem Bundesbeschluss zugestimmt. Ich würde vorschlagen, dass wir dazu einen schriftlichen Bericht verfassen, den wir dem Parlament in der Session vorlegen können. Damit wäre Traktandum 2 abgeschlossen.

P R E S S E M I T T E I L U N G

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates tagte am 11. und 12. Februar 1991 in Bern unter dem Vorsitz von Nationalrat Bundi (S/GR) und im Beisein der Bundesräte Felber und Delamuraz.

Am 11. Februar führte sie zusammen mit der nationalrätlichen Wirtschaftskommission eine Informationssitzung über den Stand der EWR-Verhandlungen und über den Stand der Arbeiten der Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die politische Union durch. Die Vertreter der Landesregierung versicherten, dass alles unternommen werde, um zu einem guten EWR-Vertrag zu kommen. Die Kommissionsmitglieder versicherten ihrerseits dem Bundesrat ihre Unterstützung in seinen Bemühungen um einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss.

Die Kommission behandelte ebenfalls die Vorlage betreffend den Auslieferungsvertrag mit der Republik der Philippinen (90.049). Die einstimmige Kommission wird ihrem Rat Zustimmung beantragen.

Die Kommission liess sich von Frau Botschafter Marianne von Grünigen, Vorsteherin der Politischen Abteilung III des EDA (Friedenspolitik, Abrüstung, KSZE) über die Teilnahme der Schweiz an den verschiedenen friedenspolitischen Konferenzen und Aktivitäten informieren. Im Rahmen der ausgreifenden Aussenpolitik bemüht sich die Schweiz bei Verhütung und Bewältigung von Konflikten, Krisen und Katastrophen ihren Beitrag zu leisten. Frau von Grünigen orientierte über den breiten Fächer von Tätigkeiten der Schweiz, in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einerseits und bei den friedenserhaltenden Aktionen der Vereinten Nationen andererseits. Durch schweizerische Initiativen wurde an der soeben beendeten KSZE-Konferenz in Malta die Idee eines Modells der friedlichen Streitbeilegung mit einigem Erfolg aufgenommen; ferner gelang es der schweizerischen KSZE-Delegation, das Problem der nationalen Minderheiten zu thematisieren und als Traktandum für eine im Juli stattfindende KSZE-Konferenz in Genf durchzubringen. Die Kommission nahm mit Interesse vom initiativen Mitwirken der schweizerischen KSZE-Delegation Kenntnis. Sie liess sich im weiteren über die schweizerische Haltung gegenüber den baltischen Ländern sowie gegenüber Jugoslawien und Taiwan informieren.

Im weiteren befand die Kommission über eine Parlamentarische Initiative von Franz Jaeger (90.262) betreffend Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften. Der Initiant schlägt darin einen Bundesbeschluss vor, gemäss dem der Bundesrat mit den EG Beitrittsverhandlungen aufnimmt und diese Verhandlungen unter bestmöglicher Wahrung der staatspolitischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Interessen führt. Der Beschluss sollte dem fakultativen Referendum unterstellt sein. Der Initiant begründete das Anliegen damit, dass der Bundesrat durch die Deponierung eines Beitrittsgesuchs zu den EG zum Handeln verpflichtet werden solle. Durch rasche Beitrittsverhandlungen werde die Schweiz in die Lage versetzt, sich aktiv an der Mitgestaltung der EG zu beteiligen; namhafte europäische Politiker hätten einen baldigen Beitritt der Schweiz zu den EG begrüsst. Die Kommission beschloss in der Folge mit 11 Stimmen (bei zwei Enthaltungen), dem Ratsplenum zu empfehlen, der Initiative keine Folge zu geben. Als wichtigstes Argument gegen einen solchen Bundesbeschluss wurde angeführt, dass dieses Prozedere die Verhandlungsposition des Bundesrates in Zusammenhang mit dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) schwächen würde. Indem auch dieser Bundesbeschluss wahrscheinlich das Referendum nach sich ziehen würde, müsste über ihn eine Volksabstimmung stattfinden, was angesichts einer bevorstehenden Abstimmung über den EWR-Vertrag zu Verunsiche-

rungen und Verwirrung im Volke führen würde. Entscheidend für die Ablehnung der Initiative in der Kommission war auch der Umstand, dass sie imperativ den Bundesrat zu EG-Beitrittsverhandlungen verpflichtet, parallel neben laufenden Verhandlungen über einen EWR-Vertrag; solche Verhandlungen könnten höchstens in der Fortsetzung des EWR-Szenarios stattfinden. Weiter wurde auch beanstandet, dass die Initiative auf dem Gesetzeswege den Bundesrat in seinem aussenpolitischen Spielraum beeinflussen würde, d.h. über einen Bundesbeschluss würden verfassungsrechtliche Bestimmungen betreffend Kompetenzen des Bundesrates in der Aussenpolitik eingeschränkt. Die Kommission vertrat die Auffassung, es gehe jetzt darum, konzentriert die Kräfte in Richtung EWR einzusetzen und den Bundesrat in seinen Verhandlungen zu unterstützen.

Bern, 12. Februar 1991

Parlamentsdienste

Fachdienst II

Communiqué de presse

La Commission des affaires étrangères du Conseil national a siégé les 11 et 12 février 1991 à Berne sous la présidence de M. Bundi (S/GR) et en présence de MM. Felber et Delamuraz, conseillers fédéraux.

Le 11 février, elle a assisté, en compagnie de la Commission des affaires économiques du Conseil national, à une séance d'information sur l'état des négociations au sujet de l'EEE et sur l'état des travaux des conférences gouvernementales sur l'union économique et monétaire ainsi que sur l'union politique. Les deux conseillers fédéraux ont assuré que tout est mis en oeuvre pour aboutir à la conclusion d'un bon traité EEE. Les membres des deux Commissions ont exprimé leur soutien au Conseil fédéral dans la poursuite de ses efforts pour aboutir au succès des négociations en cours.

La Commission a traité l'objet concernant le traité d'extradition avec la République des Philippines (90.049). A l'unanimité, elle a décidé de recommander à la Chambre d'approuver ce projet.

Madame l'Ambassadeur Marianne von Grünigen, Directrice de la Division politique III (politique de paix, désarmement, CSCE) du DFAE, a informé les conseillers nationaux de la participation de la Suisse aux diverses conférences sur la politique de paix et leurs activités y découlant. Dans le cadre toujours plus étendu de la politique extérieure, la Suisse s'efforce de contribuer à la prévention et à la résolution de conflits, crises et catastrophes. L'Ambassadeur von Grünigen a présenté le large éventail des activités de la Suisse à la Conférence sur la Sécurité et la Coopération en Europe d'une part, et auprès des Nations Unies d'autre part. Une de ces initiatives suisses, présentée à la dernière conférence CSCE à Malte, sur l'idée d'un modèle du règlement pacifique des différends a connu un certain succès. De plus, la délégation suisse auprès de la CSCE a réussi à porter le débat sur le problème des minorités nationales et à inscrire cet objet à l'ordre du jour de la prochaine conférence CSCE qui aura lieu en juillet à Genève. La Commission s'est montrée très intéressée aux initiatives prises par la délégation suisse auprès de la CSCE. Elle a également été informée de l'attitude suisse envers les Etats baltes ainsi qu'envers la Yougoslavie et Taiwan.

En outre, la commission a statué sur l'initiative parlementaire de Franz Jaeger (90.262) concernant l'ouverture de négociations en vue de l'adhésion à la Communauté européenne. Son initiateur propose un arrêté fédéral, selon lequel le Conseil fédéral entame des négociations en vue de l'adhésion à la Communauté européenne et qu'il conduit ces négociations en sauvegardant de manière optimale les intérêts nationaux, économiques, écologiques et sociaux. Cet arrêté fédéral devrait être soumis au référendum facultatif. F. Jaeger motive sa requête par le fait que le Conseil fédéral devra s'engager à négocier avec la Communauté en déposant une demande d'adhésion. Par des négociations rapides, la Suisse sera à même de participer activement à la réalisation de la CEE. De nombreux politiciens européens ont exprimé le souhait d'une entrée prochaine de la Suisse dans la CEE. La Commission a décidé par onze voix et deux

abstentions de recommander à l'Assemblée fédérale de ne pas donner suite à l'initiative. L'argument principal contre un tel arrêté fédéral est qu'un tel processus affaiblirait la position du Conseil fédéral dans les négociations pour un Espace Economique Européen. Comme cet arrêté fédéral aurait vraisemblablement entraîné un référendum donnant lieu à une votation populaire ce qui, étant donné la perspective d'un vote sur le traité EEE, apporterait la confusion parmi la population. Ce qui a également été décisif dans le refus d'une telle initiative était le cadre contraignant pour le Conseil fédéral obligé d'engager des négociations en vue d'une adhésion à la CEE, et ce parallèlement aux négociations en cours au sujet d'un traité EEE. De telles négociations pourraient avoir lieu à la suite du scénario EEE. De plus il a été objecté que l'initiative, au niveau du processus législatif, pourrait influencer le Conseil fédéral dans sa marge de manoeuvre en politique extérieure, c'est-à-dire que des prescriptions de droit constitutionnel par le biais de l'arrêté fédéral limiteraient les compétences respectives du Conseil fédéral dans sa politique extérieure. La Commission était de l'avis qu'il s'agit actuellement de concentrer les forces pour la réalisation d'un bon traité EEE et de soutenir le Conseil fédéral dans ses négociations.

3003 Berne, le 13 février 1991

Services du Parlement
Service de commission II

VerteilerSM

Datum: 19.2.91	
✓	Sauvant
✓	Robert
✓	Huber
✓	DZ
✓	Komm. NR
	Komm. SR MASONI
✓	Frakt. R / V
	Sekr.
✓	Ch. / mz.
✓	Amtl. Bulletin
	Finanzkomm.

1314

Year	Country	Value
1990	USA	1000000
1991	USA	1000000
1992	USA	1000000
1993	USA	1000000
1994	USA	1000000
1995	USA	1000000
1996	USA	1000000
1997	USA	1000000
1998	USA	1000000
1999	USA	1000000
2000	USA	1000000
2001	USA	1000000
2002	USA	1000000
2003	USA	1000000
2004	USA	1000000
2005	USA	1000000
2006	USA	1000000
2007	USA	1000000
2008	USA	1000000
2009	USA	1000000
2010	USA	1000000
2011	USA	1000000
2012	USA	1000000
2013	USA	1000000
2014	USA	1000000
2015	USA	1000000
2016	USA	1000000
2017	USA	1000000
2018	USA	1000000
2019	USA	1000000
2020	USA	1000000
2021	USA	1000000
2022	USA	1000000

Vertraulich / Confidential

3003 Bern. 12. Februar 1991

NATIONALRAT
KOMMISSION FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

TEILPROTOKOLL 1

der Sitzung vom 12. Februar 1991.
08.00 - 12.00 Uhr
in Bern. Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG

3. Information zur Friedenspolitik der Schweiz und zum KSZE - Prozess.
Information zu den Punkten Jugoslawien, Taiwan und Baltikum

(Uebrigc Traktanden siehe Hauptprotokoll)

ORDRE DU JOUR

3. Information sur la politique pacifique de la Suisse et sur le procès KSZE.
Information sur les points La Yougoslavie, Le Taivan et les états baltes

(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-verbal principal)

TEILNEHMERPräsidium: Bundi

Anwesende Mitglieder: Damen und Herren Auer. Bär.
Bäumlin, Bircher Silvio.
Dietrich, Frey Walter, Grassi
Grendelmeier, Loretan,
Mühlemann, Petitpierre,
Revaclier, Rychen, Zbinden P.
Ziegler

Entschuldigt: Burckhardt, Cevey, Euler
Portmann, Rohrbasser,
Segmüller, Wyss Paul.

Weitere Teilnehmer:

- von Grünigen Marianne,
Chefin Politische Abteilung
- Schaller R., Generalsekretär
des EDA
- Ducrey Guy, Botschafter,
Chef Politisches Sekretariat
- Hauswirth Christian,
Adjunkt, Polit. Abt. II
- Jacobi Klaus, Staatssekretär
Direktor Politische Direktion
EDA

Kommissionssekretariat: Louis Magnin

Protokoll: Herr Bieri (dt)
Mme Baessler (f)

TRAKTANDUM 2

PRAESIDENT: Ich erteile zuerst Frau Botschafterin von Grünigen das Wort. Sie wird Sie über die Friedenspolitik der Schweiz und zum KSZE-Prozess informieren.

VON GRUENIGEN: (Bericht siehe Anhang)

BAEMLIN: Vielen Dank für die umfangreichen Ausführungen, die einiges zur Klärung des Sachverhaltes meinerseits beigetragen haben. Ich habe einige konkrete Fragen im Zusammenhang mit der Konferenz in La Valetta, und der Konferenz im Juli in Genf.

1. Hat der Golfkrieg konkret die Friedensverhandlungen in La Valetta beeinträchtigt oder beeinflusst?
2. Was ist von der Schweiz, die ja offenbar an dieser Minderheitenkonferenz im Juli führend auftreten wird, bereits vorbereitet worden?
3. Gibt es schon entsprechende Ausarbeitungen, wie die konkreten Fragen angegangen werden sollen?
4. Ich habe gehört, dass die USA gegen diese Minderheitenkonferenz eingestellt sind. Liegt das an der spezifischen Einstellung der Grossmacht USA, oder waren noch andere Staaten gegen diese Konferenz?
5. Welche Minderheiten bilden genau Diskussionsgegenstand? Sind nur "europäische Minderheiten" gemeint oder betrifft diese Konferenz auch "aussereuropäische Minderheiten"?
6. Wie verhalten sich Minderheitenrechte zu nationalen Souveränitätsrechten und Völkerrechten?

AUER: Die Pariser Verträge lösten ja geradezu eine Art Euphorie aus, es wurde faktisch glaubhaft gemacht, dass sämtliche Staaten Europas an einem friedlichen Zusammenleben in der Zukunft interessiert sind. Meine Fragen an Sie: War dieser Pariser Vertrag nur eine Absichtserklärung, oder schafft er subjektives Völkerrecht? Muss dieser Vertrag ratifiziert werden und stimmen die Gerüchte, dass die USA dagegen opponiert? Völkerrecht braucht immer auch eine Kontrolle, sonst erscheint mir dessen Ausarbeitung nicht gerade sinnvoll. Wer führt diese Kontrollen durch und sind bei Verstössen gegen dieses Völkerrecht Massnahmen zu ergreifen? Wäre da ein Eingreifen der UNO möglich? Ist eine eventuelle Kündigung der Verträge möglich? Wenn dies Völkerrecht darstellt, ist es vor nicht allzulanger Zeit im Baltikum gebrochen worden? (Uebergriffe der UdSSR) Wäre es unter Umständen möglich, im Baltikum ebenfalls, (wie ursprünglich in Irak) mit Wirtschaftssanktionen zu drohen und ev. einzugreifen?

RYCHEN: Sehr verehrte Anwesende, mich interessiert, wie weit die Innenpolitik eines Landes von der KSZE tangiert wird (z.B. Jugoslawien) Ich kann mir gut vorstellen, dass bei der Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Völkern Jugoslawiens die Regierung des Landes die Instrumente der KSZE als Einmischung in die Innenpolitik verstehen könnte. Wie trägt die KSZE diesem Umstand Rechnung?

Wie beurteilen Sie persönlich die Tendenzen, die sich im momentanen Konfliktgebiet des Baltikums abzeichnen? Wie stehen die Chancen einer diplomatischen Anerkennung der souveränen Staaten Litauen, Estland und Lettland? Wie verhält es sich hier im Rahmen des KSZE-Rechtes? Völkerrechtlich gesehen, (aus der Sicht der Sowjetunion) sind dies natürlich immer noch Teilrepubliken der UdSSR. Allerdings wäre ebenfalls dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Stalin diese Republiken annektiert hat, diese also durchaus als seit eh und je selbstständige Staaten interpretiert werden können. Wie verhält sich die CH in diesem Fall?

LORETAN: Herr Präsident, Frau Botschafterin, meine Damen und Herren, heute liest man in verschiedenen Zeitungen über die Ergebnisse der KSZE Konferenz (Streitschlichtung) in La Valetta. Man hat den Eindruck, und ich möchte Frau Botschafterin bitten, den Eindruck zu bestätigen oder zu dementieren, dass unter dem Deckmantel der Diplomatie doch eine Enttäuschung schweizerischerseits festzustellen ist. Man hat bei weitem nicht erreicht was man sich nach der Pariser Euphorie vorgestellt hat. Dies ist sicher kein Vorwurf an die Schweizer Delegation, sondern offenbar eine Tatsache? Wie gedenkt man die Verhandlungen weiterzuführen?

BIRCHER: Bezüglich der geäußerten Verwebung der KSZE mit dem Europarat würde mich interessieren, ob diese neue sicherheitspolitische Dimension im Bereich des Realisierbaren liegt? Bis jetzt sind entsprechende Vorschläge ja nur in einer sehr allgemeinen Form dargelegt worden. Wie könnte man sich dies wirklich etwas konkretisiert vorstellen?

In diesem Zusammenhang habe ich noch die Bitte, ob Sie uns nicht noch einmal ganz kurz die Struktur der KSZE erläutern könnten?

VON GRUENIGEN: (ad BAEUMLIN) Einfluss des Golfkrieges auf la Valetta: Ich habe dies kurz erwähnt, dass der Golfkrieg und auch die Unruhen in Jugoslawien und im Baltikum die Verhandlungen in Malta etwas gedämpft haben. Allerdings muss ich noch einmal ganz klar festhalten, dass die KSZE territorial beschränkt ist, so dass Vorgänge ausserhalb des KSZE-Gebiete (Europa + USA + Kanada) nur bedingten Einfluss auf die Tätigkeit der Verhandlungen ausüben. Andererseits kann die psychologische Wirkung eines Krieges vor den Toren Europas, der die ganze Konferenz überschattete, sicher nicht vernachlässigt werden.

Das Problem bestand vorallem darin, dass sich Staaten, die am Golfkrieg direkt beteiligt sind, nicht auf Verhandlungen einlassen wollten, die mit den Vorgängen am Golf in Verbindung zu bringen waren. In diesem Sinne war also eine gewisse Ueberschattung auszumachen, die aber den eigentlichen Verhandlungsgegenstand der Streitschlichtung nur bedingt tangierten. Es gab ohnehin Tendenzen die ganzen Verhandlungsgrundlagen abzuschwächen auf die Zeit vor dem Golfkrieg, damit sich die Ausgangslage nicht allzu komplex präsentierte. Andererseits muss man auch davon ausgehen, dass es Delegationen gab, die die Beratungen sogar noch weiter ausdehnen wollten. Im Gegensatz zur Schweiz, die vorerst politisch bindende Massnahmen vorsah, die zu einem späteren Zeitpunkt in juristisch bindende Gesetze umgewandelt werden konnten, gab es andere Staaten die schon jetzt rechtlich bindende Beschlüsse fassen wollten.

In diesem Sinne kann durchaus von einer gewissen Enttäuschung der Schweizer Delegation gesprochen werden, in welcher sich vor allem die Juristen dementsprechend äusserten. Wir werden aber sicher unsere Ziele weiter verfolgen und das von uns ausgearbeitete Projekt weiter forcieren, bis eine befriedigende Lösung gefunden werden kann. Was aber im KSZE-Prozess sicher immer ein Problem darstellt, ist die zwingende Anwendung des Konsensprinzips. Man kann nur unter Zustimmung sämtlicher Mitgliedstaaten Beschlüsse fassen, was aber durchaus auch als Stärke gewertet werden kann. Nur wenn sich alle Staaten verpflichtet haben, die Konsequenzen der Beschlüsse zu tragen und diese in die Realität umzusetzen, kann eine politische oder juristische Massnahme auch als sinnvoll bezeichnet werden. Dieser Umstand führt aber natürlich auch dazu, dass man nur in kleinen Schritten vorwärts schreitet.

Was die Haltung der USA gegenüber dem geplanten Minderheitentreffen in Genf betrifft, so haben diese nach anfänglicher Ablehnung ebenfalls eine positive Reaktion gezeigt. Die Gründe der (vorerst) negativen Einstellung der USA waren aber eher formeller Natur, da der Eindruck vorherrschte, der ohnehin schon überlastete Terminkalender der KSZE werde noch mehr beansprucht. Zudem waren die Amerikaner nicht die einzigen, die vorerst skeptisch waren, auch andere Delegationen zeigten sich anfänglich unglücklich über die geplante Minderheitenkonferenz. Vorallem Staaten mit grossen internen Minderheitenproblemen (Mitteleuropa, Osteuropa) zeigten sich am Beginn nicht gerade kooperativ, wobei festzuhalten ist, dass die UdSSR von allem Anfang an positiv gegenüber diesem Treffen eingestellt war.

Betreffend der Ziele der Schweiz an dieser Konferenz gibt es folgendes anzumerken: Die ursprüngliche Idee war es ja, das Minderheitenproblem, das nach der Entspannung der Ost-West-Beziehungen zu einem Hauptkonfliktpunkt in Europa aufgerückt war, anzupacken. Es wäre allererstes Ziel gewesen, Mechanismen zu entwickeln, um potentielle Minderheitenkonflikte im Ansatz zu unterbinden und vorhandene Streitigkeiten möglichst zu schlichten. An dieser Zielsetzung sind aber schon erhebliche Abstriche getätigt worden, da es Delegationen gab, die sich mit diesem Vorgehen nicht einverstanden erklären konnten, mit dem Argument, man solle nicht derart pessimistisch an diese Frage herangehen.

Schon allein die Tatsache, dass wir das Minderheitenproblem als eines der Hauptprobleme der zukünftigen Friedenspolitik Europas darstellten wurde von einigen Staaten als krasse Uebertreibung gewertet. So wurde das Tagesprogramm der Konferenz in Genf dementsprechend abgeändert.

Wir wollen an dieser Tagung sicher vermeiden, irgendwelche Definitionen von Minderheiten zu deklarieren, dies würde nur zur Blockierung der Gespräche führen. Deshalb werden wir uns auch auf die KSZE-Terminologie der nationalen Minderheiten beschränken, was schlussendlich bedeutet, dass nur in einem Staat ansässige Minderheiten Gegenstand der Diskussionen sein werden. Der Ablauf ist so geplant, dass man zuerst versuchen wird, bestehende Erfahrungen mit Minderheiten zu vermitteln. An dieser Stelle kann die Schweiz mit ihrer föderalistischen Struktur sicher einen wichtigen Beitrag leisten (Verfassungsbestimmungen; Gesetzgebung etc..). In einer zweiten Phase sollen die Erfahrungen punkto grenzüberschreitender Zusammenarbeit vermittelt werden, die ja in Zukunft wohl etwas alltägliches darstellen wird. In einer dritten Phase werden wir dann versuchen, bestimmte Mechanismen zu erarbeiten, wobei geprüft werden muss, ob allenfalls Bestimmungen, die wir im Zusammenhang mit den Menschenrechten ausgearbeitet haben ebenfalls auf das Minderheitenproblem anwendbar sind.

Es wird sicher kein einfaches Treffen werden, da allzuvielen divergierende Ansichten und Interessen vorliegen, die Schweiz ist dennoch zuversichtlich, dass zumindest Fortschritte in diesem Zusammenhang erzielt werden können.

Zu Ihrer letzten Frage, Frau Bäumlin, der Schutz der Einzelrechte von Angehörigen von Minderheiten? Dies wird ebenfalls Gegenstand der Gespräche sein, es gibt gewisse Staaten, die nur Minderheitenrechte von Einzelpersonen anerkennen während andere Staaten auch Gruppenrechte anerkennen. Hier wird eine Vereinheitlichung der Auffassungen der einzelnen Delegationen angestrebt, wobei dies ein sehr delikates Thema darstellt.

(ad AUER) Die Pariser Charta ist nur politisch bindend, das heisst sie schafft kein Völkerrecht und muss deshalb auch nicht von den einzelnen Staaten ratifiziert werden. Man beruft sich aber natürlich bei Interventionen auf diese Charta, so dass diese politische Bindung ebenfalls ziemlich weitreichend ist. Andererseits ist das Abkommen, das zwischen den 22 NATO- und Warschauer Pakt Mitglieder abgeschlossen wurde, (über den Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa) bindendes Völkerrecht, das von den einzelnen Staaten ratifiziert werden muss. Daraus haben sich die angesprochenen Probleme mit dem Kongress der USA ergeben, da die UdSSR ihre Panzer nur hinter den Ural verlegt haben, um so ihre konventionellen Waffen in Europa abzubauen.

Natürlich kann man keinen Gerichtshof anrufen, um Verstösse gegen dieses Abkommen zu bestrafen, die KSZE arbeitet mit dem Prinzip des Kollektiven Drucks, das heisst jede Delegation offenbart ihr Missbehagen gegenüber diesem Staat, so dass dieser in eine Situation gebracht wird, wo er Stellung beziehen muss und in der Regel auch entsprechend reagieren muss. (Bsp Baltikum)

Die KSZE stellt also quasi in ihrer Kollektivität eine Art "Polizei" in Europa dar, die durchaus mit diplomatischem Druck bestehendes Völkerrecht durchsetzen kann.

(ad RYCHEN) Wir haben in der Helsinki-Schlussakte 10 Prinzipien deklariert, die die Souveränität der Staaten, Menschenrechte usw... abdecken. Ein Prinzip hält auch die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten fest. Diese 10 Prinzipien müssen i.A. als Einheit verstanden werden, d.h. das eine schränkt die anderen ein. Als einzige selbstständige Deklaration kann die Erklärung der Menschenrechte verstanden werden, da diese den Individuen von Natur aus gegeben sind. In dieser Beziehung kann die Einrede der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates nicht geltend gemacht werden, so dass Verstösse durchaus auch von aussen kritisiert und unter Umständen bestraft werden können. Wie schon angesprochen bremst zuweilen aber der mangelnde Konsens zwischen den einzelnen KSZE-Mitgliederstaaten einheitliche Sanktionen gegen Staaten, die gegen die Abmachungen Verstossen haben. Unter diesem Gesichtspunkt kann auch die mangelnde Handlungsbereitschaft im Bezug auf die baltischen Staaten erklärt werden. Im Moment ist der legitime Loslösungsprozess der baltischen Staaten in den Augen der KSZE-Gemeinschaft noch nicht vollzogen, so dass diese nach wie vor als Teilrepubliken der UdSSR angesehen werden.

(ad BIRCHER) Die Schweiz hat sich bei der Ausarbeitung der Charta von Paris sehr stark dafür eingesetzt, dass das parlamentarische Forum der KSZE primär auf dem Europarat basieren sollte. Vor allem die USA haben sich aber wehemment dagegen gewehrt, da sie selber nicht Mitglied des Europarates sind. Man hat aber immerhin in der Pariser Charta einen Passus, der besagt, dass man ein solches KSZE-Parlament schaffen will und dass man bei der Gründung desselben schon bestehende Erfahrungen in Betracht ziehen will. Man ist im Moment zu einer Uebergangslösung gelangt, wo jedes Land 6 Parlamentarier in einen solchen Rat entsenden kann. Die Idee läuft in die Richtung, dass dieser Uebergangsrat quasi die Form des zukünftigen KSZE-Parlaments ausarbeiten soll.

Betreffend der Struktur der KSZE kann ich erneut festhalten, dass diese sehr stark vom Konsens aller Mitgliederstaaten abhängt. Ohne sehr starke Organisationsstrukturen zu haben, verfügt die KSZE durchaus über Institutionen, die in der Lage sind, Spannungen in Europa zu schlichten oder zumindest mithelfen zu schlichten. Die KSZE ist zudem eine der Hauptorganisationen, die den permanenten Dialog in Europa aufrechterhält, was zu einer graduellen Entspannung in Europa nicht unwesentlich beigetragen hat und hoffentlich weiter beitragen wird.

Im Wesentlichen fundiert die KSZE auf drei Pfeilern: Sicherheit, Wirtschaft; Menschenrechte. Durch diese drei "Körbe" ist eine bestimmte Balance erzielt worden, die sich in der Vergangenheit bisher nur positiv ausgewirkt hat. Ziel der KSZE wird es in der Zukunft weiterhin sein, diesen politischen Konsolidierungsmechanismus fortzuführen und damit zur Sicherheit in Europa beizutragen.

GRENDLMIEIER: Herr Präsident, verehrte Kollegeinnen und Kollegen, ich habe noch eine Anschlussfrage betreffend dem parlamentarischen Organ der KSZE. Haben Sie Hinweise bekommen, dass man nun doch auf eine Lösung Richtung erweiterter Europarat tendiert, oder steht im Moment die Schaffung eines neuen Organs im Vordergrund?

M. Ziegler : A propos de la corbeille désarmement - sécurité collective - secteurs militaires de la CSCE, je ne comprends pas comment la machine de guerre américaine peut s'exercer malgré les mécanismes mis en place par les 34 Etats membres, dont la Suisse fait partie.

Nous voyons dans la guerre du Golfe que les B 52 partent d'Angleterre, ou que le "refueling" se fait à partir d'Espagne et de France. Par exemple, l'aéroport de Mont-de-Marsan en France ne fait partie de l'OTAN. On peut se demander à quoi cela sert que des pays européens discutent du désarmement et d'un système de sécurité intégré, de décisions collectives etc. si le premier général américain venu peut mobiliser ces moyens à des fins strictement nationales sans lien avec la stratégie générale fixée par les grands Etats européens ?

Mes deux questions sont les suivantes :

1) L'un des 34 pays a-t-il soulevé le problème à La Valette de l'utilisation qui est faite des installations ne faisant pas partie de l'OTAN ?

2) Ne pensez-vous pas que l'on se trouve ainsi en contradiction avec l'esprit de Vienne ou de Paris ?

M. Petitpierre : Dans le prolongement de la question posée par M. Rychen, je voudrais savoir ce qu'il s'est passé après l'annexion des pays baltes. J'ai en effet le sentiment que l'on n'a rien à reconnaître si l'on n'a jamais admis l'annexion.

Je répondrai à M. Ziegler, pour tenter une explication, que la CSCE est une chose, et que l'application d'une résolution de l'ONU en est une autre, ce qui justifierait que les pays membres de l'ONU participent à la prise de sanctions.

RYCHEN: Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen. Die Antwort, die Sie, Frau Botschafterin, im Bezug auf die baltischen Staaten gegeben haben, hat mich doch etwas erstaunt. Nach meinem persönlichen Rechtsempfinden sind diese baltischen Staaten nicht Mitglied der Sowjetunion, da ja allseitig anerkannt ist, dass der Hitler-Stalin-Pakt, in dem die baltischen Staaten dem sowjetischen Reich einverleibt wurden, völkerrechtswidrig war. Somit kann doch nicht behauptet werden, dass nach heutigem völkerrechtlichem Verständnis die baltischen Staaten Teilrepubliken der Sowjetunion sein sollen.

2. Frage: Sie haben zu Beginn Ihres Referates einige Ausführungen zur Schweizer Neutralität gemacht. Im Zusammenhang mit dem Hager-Abkommen möchte ich Sie fragen, ob laut Meinung der KSZE die neutralitätsrechtliche Situation der Schweiz völlig unbestritten ist oder ob da gewisse politische Ueberlegungen in Zweifel gezogen werden?

BAER: Ich habe noch eine Anschlussfrage an Ihre Antwort auf die Frage von Frau Bäumlin betreffend der Minderheitenkonferenz vom kommenden Juli in Genf. Sie haben festgehalten, dass die Definition von Minderheiten vermieden werden soll, dass aber dennoch nicht ansässige Minderheiten nicht Gegenstand der Gespräche sein werden. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, ob dabei das Kurdenproblem als Ansässigenproblem betrachtet wird und ob dieses somit in Genf zur Sprache kommen wird?

VON GRUENIGEN: (ad GRENDELMEIER) Wir haben bis jetzt keine neue Indikationen betreffend parlamentarischem Organ der KSZE vernommen. Wahrscheinlich werden sich die USA dem Treffen der Parlamentarierausschüsse Europas in Madrid anschliessen, so dass man mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Es gilt einfach jetzt abzuwarten, wie sich die Lage in dieser Beziehung entwickeln wird.

(ad ZIEGLER) Leider waren Ihre Fragen an den KSZE-Konferenzen noch nie Gesprächsgegenstand, so dass ich Ihnen in dieser Beziehung keine Antwort liefern kann. Wie bereits erwähnt ist das Wirkungsgebiet der KSZE auf Europa beschränkt, so dass der Golfkrieg kein direktes Diskussionsthema sein kann. Die einzelnen Regierungsdelegationen gaben lediglich Stellungnahmen ab, in denen Sie Ihrer Hoffnung auf eine friedliche Lösung Ausdruck verliehen.

(ad RYCHEN) zu Ihren Fragen gebe ich mit Ihrer Erlaubnis das Wort weiter an Herrn Staatssekretär Jacobi.

(ad BAER) Ich gehe davon aus, dass die Kurden auf türkischem Territorium durchaus Gegenstand der Verhandlungen in Genf anlässlich der Minderheitenkonferenz sein werden.

JACOBI: (ad RYCHEN) Ich werde zu Ihren Fragen vorerst Herrn Botschafter Ducrey das Wort erteilen und dann allenfalls noch einige Ergänzungen anbringen.

M. l'ambassadeur Ducrey : La Suisse a maintenu des relations diplomatiques avec l'Estonie, la Lettonie et la Lituanie jusqu'au 23 août 1939, date du pacte de non agression entre les Soviétiques et les Allemands, qui a été complété par un protocole secret - publié récemment - confirmant l'annexion de ces pays par l'URSS.

A la suite de cette annexion, la Suisse a été amenée à mettre un terme à l'accréditation dans les 3 Etats baltes de son ministre à Helsinki, ainsi qu'à fermer les consulats de Talinn, Riga, et Kaunas à l'époque.

La Suisse a renoué des relations diplomatiques avec l'URSS en 1946, sans toutefois reconnaître formellement la souveraineté de l'URSS sur ces territoires. Pour des raisons pratiques, les affaires consulaires relatives à ces trois Etats baltes sont gérées par notre mission diplomatique à Moscou.

Le fait que le Conseil fédéral n'ait à aucun moment reconnu la souveraineté de l'URSS sur les républiques baltes ne signifie pas pour autant qu'il ait continué à reconnaître celles-ci en tant qu'Etats indépendants dans la mesure où elles étaient privées, du fait même de l'annexion, de la responsabilité des relations internationales de leurs territoires.

Nous en sommes encore à cette situation quelque peu ambiguë, mais nous ne pouvons pas juridiquement établir de relations avec ces Etats.

A propos de la remarque sur l'Islande, c'est le parlement islandais, et non le gouvernement de ce pays, qui a décidé d'établir des relations avec la Lituanie.

D'autre part, rappelons que la Lettonie a des relations "diplomatiques" avec la Russie depuis le 25 janvier de cette année : sur le plan du droit international, il faut définir ce que valent ces relations diplomatiques, car ce sont des républiques à l'intérieur de l'URSS non reconnues comme indépendantes selon le droit public international.

Rappelons qu'en URSS, des dispositions constitutionnelles existent pour régir l'accession à l'indépendance des Etats. L'article 72 de la Constitution soviétique prévoit que la sécession libre naît de mesures législatives de n'importe quel Etat de l'URSS. Ces mesures législatives, fixées dans la loi du 3 1990, sont les suivantes : la sécession peut être décidée par référendum et approuvée par les 2/3 des inscrits. Dans le cas de la Lituanie, la situation est donc favorable. Cependant, si le référendum consacre un succès, il y a un délai de 5 ans pendant lequel 1/10ème de la population peut solliciter un nouveau référendum.

JACOBI: Ich möchte hier abschliessend noch anmerken, dass die Situation hinsichtlich des Baltikums im Moment sehr delikate ist. Dies ergibt sich für die Schweiz daraus, dass wir nach dem 2. Weltkrieg die Sowjetunion in ihren damaligen Grenzen anerkannten, d.h. inklusive der baltischen Staaten. Immerhin pflegt die Schweiz aber die diplomatischen Beziehungen zu den baltischen Staaten dennoch, die Situation präsentiert sich einfach momentan äusserst delikate, so dass sehr grosses diplomatisches Feingefühl vonnöten ist.

(ad ZIEGLER) Abschliessend noch eine Bemerkung hinsichtlich des Einwandes von Herrn MR Ziegler, in den CRE-Abkommen werden die Grösse der Mannschaftsbestände und die Anzahl der Waffen festgelegt, aber nicht die Benützungseinschränkungen. Man kann hier natürlich die Art und Weise, wie dieses Potential schlussendlich eingesetzt wird nicht festhalten!

PRAESIDENT: Somit würde ich hier dieses Informationsgespräch beenden und zu den kurzfristig auf die Traktandenliste gesetzten Themen Jugoslawien und Taiwan übergehen.

JACOBI: Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Situation in Jugoslawien ist überaus prekär. Nach den Wahlen präsentiert sich die Lage in den einzelnen Teilrepubliken insofern differenziert dass diese im Norden (Slowenien, Kroatien) eindeutig gegen die kommunistische Partei ausgefallen sind, in Serbien dagegen die Kommunisten als Sieger hervorgegangen sind. Seitdem präsentiert sich die Lage in den einzelnen Teilrepubliken so verschieden, dass die Föderation Jugoslawien kurz vor dem Zusammenbruch steht. Die Unruhen haben einen ersten Höhepunkt erreicht, als sich am 23. Dezember vergangenen Jahres Slowenien einer Resolution als selbständige Republik erklärte. Dies ist insofern nicht erstaunlich, da Slowenien der am meisten gegen Westen ausgerichtete Teil Jugoslawiens ist und insofern kein innenpolitisches Problem, da Slowenien über keinerlei Minderheiten innerhalb der eigenen Republik verfügt. Dies im Gegensatz zu Kroatien, wo mehr als 10% der Bevölkerung serbischer Abstammung sind und zudem mehr als 2 Mio Kroaten ausserhalb der Grenzen der Teilrepublik leben.

Diese haben demzufolge ein vorprogrammiertes Minderheitenproblem. Mit grösster Wahrscheinlichkeit ist also eine Teilung des Föderativstaates Jugoslawien nicht mehr abzuwenden, wobei der Wunsch zu äussern ist, dass diese Trennung nicht mit militärischen Mittel durchgeführt wird, sondern gütlich vonstatten gehen kann. Es stellen sich natürlich Unmengen von Problemen, wobei ich hier nur zwei ansprechen will: Wie verteilt man das Eigentum der Jugoslawischen Föderation auf die einzelnen Teilrepubliken? Was machen die Slowenen, die in der Armee Jugoslawiens eingeteilt sind? Soll Slowenien eine eigene Armee gründen?

Hinsichtlich der Schweiz möchte ich zudem noch das Problem ansprechen was mit dem von uns bewilligten Fonds für Jugoslawien zu geschehen hat. Wie würden diese 100 Mio \$ bei einer allfälligen Trennung auf die Teilrepubliken aufgeteilt?

Die Situation präsentiert sich ja aus wirtschaftlicher Sicht so, dass Slowenien und Kroatien zusammen mit Ungarn, der CSFR und Polen nach und nach ins mitteleuropäische Wirtschaftssystem integriert werden, während sich Serbien zusammen mit Bulgarien und Rumänien traditionellerweise eher gegen Osteuropa ausrichtet, da diese Staaten auch eine ganz andere kulturelle und historische Vergangenheit aufweisen.

Zudem stellt sich die Frage, wie sich eine allfällige Teilung des Landes auf die Beziehungen innerhalb der EFTA auswirken würde? Sollen wir unsere Bestrebungen auf ein Freihandelsabkommen mit Jugoslawien ausrichten (nur sinnvoll, wenn Jugoslawien als Einheit bestehen bleibt) oder sollen zwischen den Teilrepubliken Zölle eingeführt werden, wie das möglicherweise der Fall wäre, wenn sich Slowenien und Kroatien ablösen würden. Diese Ablösung sollte aber wennmöglich unisono erfolgen, da sonst umfangreiche Konflikte nicht zu umgehen sein werden!

PRAESIDENT: Vielen Dank für diese Informationen. Es wurde ja angekündigt, dass Vertreter des jugoslawischen Parlamentes der Schweiz einen Besuch abstatten möchten, um gerade mit uns solche Minderheitenprobleme zu diskutieren. Es kann sich sicher nicht um eine offizielle Delegation handeln, sondern um einen reinen Erfahrungsaustausch. Wenn keine Fragen dazu vorliegen gehen wir über zum zweiten ausserordentlichen Traktandum, zum Thema Taiwan.

HAUSWIRTH: Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn wir über Taiwan sprechen wollen, müssen wir zuerst die völkerrechtliche Lage betrachten. Die Tatsache, dass die Schweiz die Volksrepublik China anerkannt hat, hindert uns daran, diplomatische und konsularische Beziehungen mit Taiwan aufzunehmen, da dieses völkerrechtlich gesehen nach wie vor eine Provinz Chinas ist. Es darf aber nicht übersehen werden, dass Taiwan ein wichtiger Handelspartner der Schweiz darstellt, indem nämlich das Handelsvolumen verglichen mit der Volksrepublik China wesentlich grösser ist und die Entwicklung zudem ungleich stabiler zu beurteilen ist. Wir haben also einerseits diesen wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen und andererseits bei unseren Kontakten mit Taiwan zu erreichen, dass diese von der Volksrepublik China nicht als Schritte in Richtung Anerkennung der Souveränität Taiwans ausgelegt werden können.

Dass sind unsere politischen Parameter, innerhalb derer wir uns zu bewegen haben. es gibt Staaten, die gehen in den Beziehungen mit Taiwan wesentlich weiter, was aber auch umgehende Proteste der Volksrepublik China ausgelöst hat.

Da die Schweiz wie gesagt keinen konsularischen Dienst in Taiwan aufrechterhalten darf, werden die wirtschaftlichen Interessen der CH im Moment vom "Trade Office of Swiss Industry" (TOSI) wahrgenommen. Dieses TOSI hat nun in den vergangenen Jahren etwelche finanzielle Engpässe überbrücken müssen, so dass wir uns intensiv mit der Frage beschäftigt haben, wie wir das TOSI finanzieren könnten. Nach Abwägen sämtlicher Vorschläge scheint nun eine Lösung gefunden worden zu sein, indem dem TOSI der Status einer Schweizerischen Handelskammer im Ausland zugesprochen wird. Dadurch würden diesem finanzielle Beiträge zugesprochen, die aber allein den finanziellen Bedarf des TOSI noch nicht abdecken würden. Deshalb steht zur Zeit eine andere Finanzierungsmöglichkeit im Zusammenhang mit der Visa-Erteilung zur Diskussion. Seit Oktober '89 kann das TOSI Visa für Taiwanesen ausstellen, die mit geschäftlichen Absichten in die Schweiz reisen wollen. Dieses Vorgehen wurde von der Volksrepublik ohne Einwände akzeptiert. Da aber in Taiwan die Nachfrage nach Urlaubsreisen in die Schweiz von mehr als 40'000 Taiwanesen geltend gemacht wurde, stellt sich nun die Frage, ob das TOSI ebenfalls Touristenvisa ausstellen soll. Wenn man die gängigen Visa-Gebühren zugrundelegt, kommt man auf Beträge von mehr als 1 Mio SFr., die dem Tosi zufließen würden. Wir sind deshalb im Moment daran, diese Möglichkeit abzuklären, das Problem stellt sich wie schon erwähnt von Seiten der Volksrepublik China, da sich diese indirekt attackiert fühlen könnten. Zudem könnten gerade diese Touristenvisa dazu benutzt werden, illegale Einwanderer in die Schweiz zu schleusen.

Es gilt also wie gesagt umfassende Abklärungen vorzunehmen und dann allenfalls zu entscheiden, wie man in diesem Falle vorgehen will.

AUER: Wenn ich die Quintessenz ihrer Aussagen richtig verstanden habe, heisst das, dass die Schweiz in Taiwan wirtschaftliche Interessen verfolgt aber politische Schwierigkeiten hat. Diese politische Schwierigkeiten hängen von der Sensibilität der Volksrepublik China ab. Meine Frage bezieht sich auf die konkreten Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan: Wie sehen diese zur Zeit de facto aus? Wie gross ist konkret das Handelsvolumen zwischen den beiden China?

FREY: Ich habe eine Anschlussfrage: Es ist ja bekannt, dass sich die Volksrepublik China bemühen, nach den unrühmlichen Ereignissen vor zwei Jahren dem Westen wieder vermehrt anzunähern, so dass diese Tatsache die momentanen Beziehungen der Schweiz zu Taiwan in einem günstigeren Licht erscheinen lassen. China sucht ja auch wieder eine gewisse Anerkennung in der Schweiz, so dass man im Bezug auf diese Visa ein gewisses Entgegenkommen der Volksrepublik erwarten kann.

BIRCHER: Stimmen die Gerüchte in diesem Zusammenhang, die besagen, dass eine Wiedervereinigung der beiden Staaten Volksrepublik China und Taiwan Gegenstand von Verhandlungen sein soll?

JACOBI: Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist sehr richtig gesagt worden, dass in Taiwan wirtschaftliche Interessen mit politischen Problemen bestehen. Im heutigen Zeitpunkt geht es einfach darum, dass dieses TOSI finanziell überleben kann. Die Eidgenossenschaft kann nun das TOSI entweder durch die Wirtschaft selbst, oder durch das Volkswirtschaftsdepartement finanziell unterstützen. Da aber diese Beiträge zu klein ausfallen, werden im Moment diese Abklärungen betreffend Visa-Erteilung für Touristen vorgenommen, um mit diesem "Trick" das TOSI über Wasser zu halten.

(ad AUER) Betreffend den Beziehungen zwischen Taiwan und China kann ich soviel sagen, dass diese nicht gerade auf einem guten Niveau sind. China reagiert immer noch relativ empfindlich auf Aktivitäten, die tendentiell die Souveränität Taiwans anerkennen.

(ad FREY) Wie Sie aber treffenderweise angemerkt haben, hat die Volksrepublik ein gewisses Interesse, seine Akzeptanz im Westen wiederum zu erhöhen, so dass dies für uns einen sehr wichtigen Aspekt darstellen könnte.

Wir befassen uns zudem auch damit, die Beziehungen zur Volksrepublik China in Richtung Normalisierung zu leiten, d.h. wir geben unserer Unterstützung Ausdruck, die Reformen innerhalb des Landes fortzuführen.

(ad BIRCHER) Von einer Wiedervereinigung der beiden Staaten kann allerdings im Moment nicht die Rede sein, da dementsprechende Verhandlungen von beiden Seiten nicht zur Diskussion stehen.

PRAESIDENT: Vielen Dank Herr Staatssekretär. Ich möchte an dieser Stelle noch zwei organisatorische Fragen erledigen. Ich bin von der Bundeshauspresse angefragt worden, ob wir im Anschluss an die heutige Sitzung eine Pressekonferenz betreffend der parlamentarischen Initiative Jaeger abhalten wollen? Wie stellen Sie sich dazu?

AUER: Wenn sie eine Pressekonferenz haben wollen, so halten wir eine ab. Wir können ihnen unsere Entscheidung durchaus mitteilen.

MUEHLEMANN: Wenn ich diese parlamentarische Initiative mit den von uns intern schon behandelten vergleiche, so komme ich zum Schluss, dass diese keine grosse politische Tragweite verkörpert, so dass ich vorschlagen würde, auf eine Pressekonferenz zu verzichten.

ABSTIMMUNG - VOTE

Für die Abhaltung einer Pressekonferenz	2 Stimmen
Dagegen	10 Stimmen

PRAESIDENT: In diesem Fall werden wir nur ein Pressecommuniqué verfassen.

PRAESIDENT: Die zweite organisatorische Frage bezieht sich auf unseren nächsten Sitzungstermin. Entweder am 22./23. April oder am 29./30. Mai

M. Petitpierre : Je m'insurge violemment contre la tendance du secrétariat et de la présidence de la commission des affaires étrangères à admettre des dates qui coïncident avec les sessions du Conseil de l'Europe.

GRENDMEIER: Es wäre das dritte Mal innerhalb von sechs Monaten, dass die Sitzungsdaten der Aussenpolitischen Kommission mit denjenigen des Europarates zusammenfallen würden. Es ist geradezu lächerlich, dass sich zwei aussenpolitische Gremien nicht absprechen können betreffend Sitzungsdaten!

PRAESIDENT: In diesem Falle setzen wir das Datum der nächsten Sitzung auf den 29./30. Mai fest.

Mittwoch	29. Mai	16.00 Uhr
Donnerstag	30. Mai	8.00 Uhr

PRAESIDENT: Somit schliessen wir Traktandum 3 ab und gehen über zu Traktandum 4.

Verteiler

Datum: 22.2.91	
✓	Sauvant
✓	Robert
✓	Huber
✓	DZ
✓	Komm. NR
✓	Komm. SR <i>Masoni</i>
✓	Frakt. R / V
✓	Sekr.
✓	Ch. / mz.
✓	Amtl. Bulletin
	Finanzkomm.

Vertraulich / Confidential

3003 Bern, 12. Februar 1991

NATIONALRAT
KOMMISSION FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

TEILPROTOKOLL 2

der Sitzung vom 12. Februar 1991.
08.00 - 12.00 Uhr
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG

4. 90.262 n Pa.IV Jaeger: Aufnahme der Beitritts-
verhandlungen mit der Europäischen
Gemeinschaft.
Anhörung des Initianten und Beschluss
über weiteres Vorgehen.

5. Verschiedenes

(Uebrigc Traktanden siehe
Hauptprotokoll)

ORDRE DU JOUR

4. 90.262 n Iv.pa. Jaeger: Ouverture de négocia-
tions en vue de l'adhésion à la
Communauté européenne

5. Divers

(Autres objets à l'ordre du jour
voir procès-verbal principal)

TEILNEHMERPräsidium: Bundi

Anwesende Mitglieder: Damen und Herren Auer, Bär,
Bäumlin, Bircher Silvio,
Dietrich, Frey Walter, Grassi
Grendelmeier, Loretan,
Mühlemann, Petitpierre,
Revaclier, Rychen, Zbinden P.
Ziegler

Entschuldigt: Burckhardt, Cevey, Euler
Portmann, Rohrbasser,
Sigmüller, Wyss Paul.

Weitere Teilnehmer: • Jaeger Franz, Nationalrat
(Initiant)

Kommissionssekretariat: Louis Magnin

Protokoll: Herr Bieri (dt)
Mme Baessler (f)

TRAKTANDUM 4:

90.262 n Pa.Iv Jaeger: Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EG
 Iv.pa Jaeger: Ouverture de négociations en vue de l'adhésion
 à la CE.

PRAESIDENT: Meine Damen und Herren. Herr Jaeger wird uns nun im Namen des Initiativkommités diese parlamentarische Initiative näher erläutern. Die Kommission hat ja heute Morgen grundsätzlich beschlossen, nach Anhörung der Präsentation sogleich einen Beschluss zu fassen.

JAEGER: Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte zuerst im Namen unserer parlamentarischen Gruppe danken für die Möglichkeit, dass wir hier zu dieser Initiative Stellung nehmen dürfen.

Es ist an dieser Stelle sicher nicht der Zeitpunkt, um über Argumente pro und contra EG-Beitritt zu diskutieren, zumal ja auch die schriftliche Begründung zu dieser parlamentarischen Initiative vorliegt und dort die wesentlichsten Überlegungen angeführt sind. Meine Ausführungen werden sich also auf einige wenige Punkte konzentrieren, so dass wir im Anschluss daran noch Zeit haben und ich Ihnen allfällige Fragen zu beantworten versuchen kann.

Vielleicht eine grundsätzliche Feststellung zur Initiative zu Beginn: Wir wollen mit dieser Initiative nicht etwa direkt einen EG-Beitritt, sondern dem Bundesrat die Kompetenz und den Auftrag erteilen, dass er Beitrittsverhandlungen aufnimmt. In welcher Form dies auch immer zu geschehen hat wird schlussendlich durch die Usancen festgelegt. Tatsächlich haben ja auch schon andere EFTA Länder und Vertragspartner im EWR bereits solche Beitrittsverhandlungen eingeleitet, indem sie ein Beitrittsgesuch deponiert haben. In diesem Sinn möchten wir, dass der Bundesrat aktiv wird, aktiv im Sinne einer offensiven Integrationspolitik.

Diese Initiative will also die Voraussetzungen für ein Beitrittsszenario schaffen, natürlich begleitet von einer umfassenden Abklärung der Auswirkungen dieses Szenarios. Es werden sicher sowohl positive, als auch negative politische und ökonomische Auswirkungen festzustellen sein, wobei gerade die Aufdeckung dieser externen Effekte, die ein EG-Beitritt bewirken könnte, ein angestrebtes Ziel unseres Initiativkommités ist. Die Aktivierung des Bundesrates und die Aufnahme der Beitrittsgespräche mit der EG sollte schliesslich nach Analyse der gezogenen Schlussfolgerungen in ein Beitrittsgesuch münden. In diesem Zusammenhang spielt schlussendlich sicher auch der Zeitpunkt eine wichtige Rolle, wobei wir in dieser Hinsicht absolut keinen Druck aufsetzen wollen.

Zu Ihrer Orientierung möchte ich an dieser Stelle etwas über die Entstehungsgeschichte dieser Initiative erzählen, denn ich möchte ganz klar in Abrede stellen, dass dies meine Initiative sein soll. Dies ist absolut nicht der Fall!

Diese Initiative wurde von einer grösseren Gruppe von Parlamentarierinnen und Parlamentariern gemeinsam ausgearbeitet und zwar in einer sehr langen Willensbildungsphase. Die Initiativgruppe wurde vor ca. einem Jahr gegründet und bis jetzt sind wir schon mehr als 25 Mitglieder gemischt aus National- und Ständerat. Diese Gruppe, die sich in ihrer grundsätzlichen Deklaration längerfristig für einen Beitritt zur EG ausgesprochen hat, ist der Meinung, dass eben zuerst solche Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden müssen, bevor unter Umständen in einer 2. Phase ein Beitritts-gesuch gestellt werden kann. An dieser Initiative haben alle Mitglieder der Gruppe, die übrigens aus allen grösseren Parteien stammen, mitgearbeitet. Zudem waren ebenfalls Rechtswissenschaftler beteiligt, so dass die Initiative politisch und rechtlich gut abgesichert sein dürfte.

Zu den Schwerpunkten der Initiative möchte ich an dieser Stelle keine Ausführungen anbringen, da Sie den Wortlaut derselben vor sich haben. Der grundsätzliche Gedanke kommt hoffentlich klar zum Ausdruck: Beitrittsverhandlungen aufnehmen; Resultate auswerten; Beitritts-gesuch stellen!

Ich möchte nun im einzelnen auf zwei Argumente eingehen, die in den letzten Wochen und Monaten immer wieder gegen solche Bestrebungen angeführt worden sind.

1. Es fällt immer wieder das Argument, dass alle diese Initiativen, sei es die Volksinitiative, sei es die parlamentarische Initiative, zu einem falschen Zeitpunkt kämen. (Ich möchte noch hinzufügen, dass unsere parlamentarische Initiative sehr lange vor der Volksinitiative in Angriff genommen worden ist, sowohl in der inhaltlichen Ausführung, als auch im Zeitpunkt der Deponierung.)

Es wird dann sehr oft noch ergänzend aufgeführt, dass eine solche parlamentarische Initiative und die daraus folgende parlamentarische Debatte die Stellung des Bundesrates im Zusammenhang mit den laufenden EWR-Verhandlungen schwächen soll.

Die Initiativgruppe ist grossmehrheitlich positiv zu diesen EWR-Verhandlungen eingestellt, nur ist die Skepsis gegenüber einer befriedigenden Lösung ziemlich gross. Wir sind auch unisono der Meinung, dass die Stellung des Bundesrates in diesen Verhandlungen nicht geschwächt werden darf. Es herrscht aber die Auffassung vor, dass eine grundsätzliche Schwächung der Verhandlungsposition des Bundesrates durch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht zwingend ist. Es ist durchaus denkbar, dass die Verhandlungsposition der CH in den laufenden EWR-Verhandlungen trotz solchen offenkundigen Beitrittsabsichten intakt bleiben könnte. Immerhin möchte ich darauf hinweisen, dass Oesterreich schon lange ein Beitritts-gesuch in Brüssel deponiert hat, dass Schweden im Moment ebenfalls im Begriff ist, ein solches Beitritts-gesuch zu formulieren und zu deponieren und sich ähnliche Entwicklungen in Norwegen und neuerdings auch in Finnland zeigen. Damit ist die Stellung der Schweiz doch etwas spezifiziert, da wir dann zusammen mit Island die einzigen wären, die über einen möglichen EG-Beitritt noch keine konkreten Stellungnahmen abgegeben hätten. Wir sind der Auffassung, dass es diese Situation durchaus zulässt, im jetzigen Zeitpunkt solche Absichten zu formulieren, umsomehr deshalb, da der künftige EWR ja nur eine Uebergangsphase darstellen kann und schlussendlich so oder so ein EG-Beitritt angestrebt werden muss.

- 5 -

Trotz allem sind ja auch in unserer Gruppe nach einer Aussprache mit unserem Aussenminister alle Mitglieder zur Auffassung gekommen, dass wir durchaus bereit wären, mit der Lancierung dieser Initiative zuzuwarten bis die EWR-Verhandlungen abgeschlossen sind, wenn die Regierung diese Ansicht vertreten würde. Dies dürfte wahrscheinlich im kommenden Sommer der Fall sein, so dass wir uns mit einem Aufschub der Initiative durchaus einverstanden erklären könnten. In diesem Sinne hätten wir es auch begrüsst, wenn ihre Kommission heute noch gar keinen Entscheid gefällt hätte, aber dies scheint nun nicht Ihrem Vorgehen zu entsprechen. Der Integrationsprozess innerhalb Europas schreitet voran, daran ändern auch die gewissen Rückschläge ausgelöst durch die Krise am Golf nichts. Dasselbe gilt für die Europäische Währungsunion, wo sich ebenfalls ökonomische Annäherungen abzeichnen. An meinem Institut haben wir in diesem Zusammenhang Untersuchungen vorgenommen, bei deren Auswertung wir eine tendentiell eher zunehmende Geschwindigkeit der Realisierung des "Acquis Communautaire" feststellen konnten. Je mehr nun aber dieser Europäische Integrationsprozess voranschreitet, desto höher wird der Eintrittspreis für die Schweiz bei einem allfälligen späteren Beitritt sein. Dass wir um einen EG-Beitritt längerfristig nicht herumkommen werden ist langsam jedermann mit politischem und wirtschaftlichem Weitblick klar. Dass die Schweiz aber nur eine aktive und gestaltende Rolle in der EG spielen kann, wenn wir auch bereit sind, die Konsequenzen zu ziehen, scheint leider noch keine weitverbreitete Meinung zu sein.

2. Als zweites Argument wurde in letzter Zeit häufig aufgeführt, die EG wolle gar keine neuen Mitglieder aufnehmen.

In diesem Zusammenhang haben wir in den letzten Wochen und Monaten einen deutlichen Stimmungswandel feststellen können. Ich habe verschiedene Äusserungen sorgfältig gesammelt:

Angefangen bei Frau Thatcher, die letzten Herbst gesagt hat, dass einem Beitritt der Schweiz zur EG eigentlich nichts entgegenstehen würde. Weiter haben wir kürzlich bei einem Vortrag von Herrn Thorn feststellen können, dass er es begrüssen würde, wenn die Schweiz der EG beiträte. Gerade dort wurde auch auf die wichtige Rolle der kleinen Staaten hingewiesen, die eine bessere Mitbestimmungsgelegenheit erhalten als wenn sie isoliert dastehen würden. An den Davoser Gesprächen äusserte sich auch Herr Genscher dementsprechend, dass die EG positiv gegenüber neuen Mitgliedschaften eingestellt ist und es zeichnet sich ganz klar ab, dass verschiedene, vorallem kleinere EG-Staaten, wünschen, dass weitere kleinere Staaten aufgenommen werden, nicht zuletzt um ein Gegengewicht gegen das ökonomisch übermächtige vereinigte Deutschland zu bilden. Als letztes habe ich hier noch die Äusserung des deutschen Bundesbankpräsidenten Pöhl, der sich ebenfalls einen Beitritt insbesondere der Schweiz wünscht, da im Hinblick auf die Währungsunion der SFr. als harte Währung nur positive Auswirkungen zeigen würde.

Es gäbe natürlich noch einen sehr grossen Katalog weiterer Argumente, die für einen EG-Beitritt sprechen, ich habe mich wie gesagt auf diese zwei beschränkt.

Zum Schluss möchte ich noch unserem Wunsch Ausdruck verleihen, dass sie diese Initiative nicht einfach ablehnen, sondern bei allfälliger Nicht-Zustimmung den Vorschlag nur zeitlich zurückstellen.

FREY: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe eine Frage: Wenn man zurückstellen kann, kann man auch zurückziehen und wieder einreichen. Wäre das eine Möglichkeit, die der Initiant ins Auge fasst?

BAER: Herr Jaeger hat uns dargelegt, dass die Initianten dieser Vorlage nichts von der Volksinitiative gewusst haben. Es sitzen aber verschiedentlich dieselben Leute im Initiativkomitee, die Mitglieder der Gruppe um Herrn Jaeger sind. Ich glaube nicht unbedingt, dass diese Absichten nicht bekannt waren. Wo sehen Sie, Herr Jaeger, den Vorteil einer gleichzeitigen Einreichung einer Volks- und einer parlamentarischen Initiative zum gleichen Sachverhalt? Vertraut man dem Zustandekommen der Volksinitiative nicht?

LORETAN: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass der Initiant über das Schicksal der parlamentarischen Initiativen Sager und Petitpierre informiert ist, wir haben uns auf eine Motion geeinigt. In Anbetracht der lancierten Volksinitiative gibt doch dieser parlamentarische Vorstoss nur Anlass zu Verwirrung im Volk. Der normale Bürger kann doch im Angesicht des parlamentarischen und medienmässigen Verwirrspiels nicht den Ueberblick behalten. Ich würde den Initianten dringend ans Herz legen, auf Hyperaktivitäten zu verzichten und diese Initiative zurückzuziehen.

BAEUMLIN: Herr Kollege Jaeger, ich könnte die Artikel 1-4 Ihrer parlamentarischen Initiative akzeptieren, habe aber gegenüber Artikel 5 etwelche Bedenken. Wenn der Beschluss allgemeinverbindlich ist und dem fakultativen Referendum untersteht, so wird dieses in diesem Zusammenhang sicher ergriffen. Dies führt meiner Meinung nach, da pflichte ich Herrn Loretan zu, zur Verwirrung des Volkes.
Ich habe noch einige Fragen im Anschluss an Ihre Aussagen: Sie haben das Thema Mitbestimmung angesprochen. In diesem Zusammenhang möchte ich wissen, wieviel Mitbestimmung der Basis in der EG überhaupt möglich wäre?
Sie haben das Thema des Gegengewichts der kleinen Staaten gegen das Vereinigte Deutschland angesprochen. Dieses Argument überzeugt mich überhaupt nicht. Mir gehen in diesem Integrationsprozess sowieso die politischen Aspekte auf Kosten der wirtschaftlichen Interessen unter. Wie stehen sie dazu?

M. Petitpierre : Si l'arrêté était accepté, et dans l'optique d'un référendum, le Conseil fédéral devrait-il interrompre ses négociations EEE ?

MUEHLEMANN: Es besteht kein Zweifel, dass eine mangelnde Integration der Schweiz in ein zukünftiges Europa eines der Hauptrisiken für die Schweiz darstellt. Aber das grösste Problem wird es doch sein, unser Volk von einem EG-Beitritt zu überzeugen. Sind Sie sich bewusst, dass sie mit diesem Vorstoss zu weiterer Verwirrung im Volk Anlass geben?

RYCHEN: Glaubt der Initiant nicht auch, dass durch eine frühe Abstimmung im Volk, und dies wäre zweifelsohne der Fall, die Position der Schweiz in den EWR-Verhandlungen massiv geschwächt würde?

JAEGER: (ad MUEHLEMANN, RYCHEN, LORETAN) Es geht immer um die gleiche Ansicht, dass diese Initiative die Verhandlungsposition der Schweiz an den EWR-Verhandlungen schwächen soll. Dies ist meine Meinung nach ganz sicher nicht so! Wenn man betrachtet, wie beispielsweise das Beitritts-gesuch Oesterreichs behandelt wird, wie die öffentlich proklamierten Absichten Schwedens und Norwegens gewirkt haben, dann muss man sagen, dass diese sehr positiv aufgenommen wurden. In der EG gibt es eine stark verbreitete Auffassung, dass der EWR nur eine Uebergangsphase zu einer gesamteuropäischen Gemeinschaft bildet. Wenn dies der Fall ist, so können wir uns dem Vorgehen Oesterreichs, Schwedens und Norwegens getrost anschliessen.

(ad MUEHLEMANN) Ihre Anmerkung dass wir zu einem Verwirrspiel beitragen würden muss ich natürlich absolut in Abrede stellen. Wenn ich bedenke, wie verwirrt z.T. die Deklarationen über die EWR-Verhandlungen ausgefallen sind, so stellen wir fest, dass dort sicher grössere Verwirrung gestiftet worden ist. Wir verlangen ja nichts anderes, als was viele SchweizerInnen heute auch vertreten, nämlich das längerfristig ein EG-Beitritt nicht mehr umgangen werden kann. Zudem möchte ich mich entschieden gegen den Vorwurf wehren, wir betrieben "Hyperaktivismus". Das ist nicht der Fall! Wir haben über ein Jahr an diesem Vorstoss gearbeitet und dadurch sicher keine überstürzte Einreichung getätigt.

(ad BAER) Ich möchte klar in Abrede stellen, dass wir damals bei der Gründung unserer Gruppe etwas von der Volksinitiative gewusst haben. Diese wurde während der Ausarbeitung unserer parlamentarischen Initiative lanciert. Wenn jetzt plötzlich Leute bei beiden Initiativen vertreten sind, so kann das nur mit einem zusätzlichen Eintritt in das Initiativkomitee der Volksinitiative erklärt werden. Zeitlich ist dies jedoch später erfolgt, die Anschuldigungen von Ihrer Seite haben Ursache und Wirkung vertauscht.

(ad BAEUMLIN) Artikel 5 kam nicht auf meine Initiative in diesen Antrag, sondern aufgrund Ihrer ParteikollegInnen, die grossen Wert darauf legten, das Volk von diesen Entscheiden nicht auszuschliessen. Wir sind im Bezug auf die Formulierung aber auch offen eingestellt, so dass Artikel 5 unter Umständen durchaus gestrichen werden könnte.

(ad FREY) Wir können diesen Antrag sicher nicht zurückziehen, das wäre dann definitiv Verwirrungstaktik, aber wir akzeptieren eine Verschiebung aus den erwähnten Gründen, sofern die Kommission eine solche in Betracht ziehen sollte.

(ad PETITPIERRE) Auf Ihre Frage gibt es eine ganz klare Antwort: Nein! Wenn diese Initiative jetzt schon beschlossen würde, dann hätte der Bundesrat die EWR-Verhandlungen genauso weiterzuführen wie anhin. Es geht ja hier nur um ein Beitritts-gesuch. Wenn das gelten würde, was Sie sagen, dann müsste ja Oestereich umgehend seine EWR-Verhandlungen abbrechen.

(ad BAEUMLIN) Zu der Frage des Einflusses der kleinen Staaten in der EG erlaube ich mir, Herrn Thorn zu zitieren. Er hat in einem Gespräch zu diesem Thema bekundet, dass Luxemburg als Klein-staat im europäischen Integrationsprozess ein überdimensioniertes Mitspracherecht zugestanden erhalten hat. Im Moment sind sicher Tendenzen auszumachen, und wir würden diese sicher unterstützen, die in Richtung Föderalisierung und Demokratisierung laufen, so dass die Entscheidungsrechte nicht nur bei den Regierungen konzen-triert sind, sondern auch in die Parlamente getragen werden. Genau in diesem Prozess stellen sich der Schweiz fruchtbare Mitgestal-tungsmöglichkeiten, die bei einer langwierigen Verzögerung der Aufnahme von Beitritts-gesprächen verwirkt sein könnten.

PRAESIDENT: Vielen Dank für Ihre Ausführungen, wenn keine Fragen mehr vorliegen, würde ich Sie entlassen und wir würden zur Dis-kussion der Vorlage übergehen. Es haben sich jetzt ja praktisch drei mögliche Szenarien herausgeschält:

- A: Die parlamentarische Initiative wird zurückgezogen
- B: Die Kommission ergreift eine eigene Initiative
- C: Die Kommission schiebt die Entscheidung hinaus, wobei wir uns heute Morgen in einem Grundsatzentscheid dafür ausgesprochen haben, über diese Vorlage heute einen Beschluss zu fassen, so dass diese Möglichkeit ausser Betracht fällt.

Meiner Meinung nach müssen wir nicht lange darüber disku-tieren, da wir ja schon drei ähnliche interne Initiativen behandelt haben. Solche Vorstösse führen einfach zur Verun-sicherung des Volkes, so das ich tendentiell auf Ablehnung tendieren würde. Man kann dem Volk einfach nicht drei Volksabstimmungen zum gleichen Thema zumuten (EWR-Vertrag, Initiative zur Aufnahme von Beitritts-gesprächen, Obliga-torisches Staatsvertragsreferendum zum EG- Beitritt).

ZBINDEN: Wir haben in den letzten Sitzungen umfassend über dieses Thema diskutiert, wir haben drei interne Initiativen abgelehnt, wir haben schlussendlich nur eine Motion beschlossen. Unserer Meinung nach gilt es jetzt, den Bundesrat in seinen EWR-Ver-handlungen zu unterstützen und ihm nicht mit neuen Initiativen in den Rücken zu fallen. Ich glaube, die Meinungen innerhalb der Kommission sind klar, ich habe nicht den Eindruck, das wir an dieser Stelle noch lange über diese parlamentarische Initiative diskutieren müssen, schreiten wir zur Beschluss-fassung.

M. Petitpierre : Je soulignerai 3 points :

1) Le processus constitutionnel m'inquiète. Qu'il y ait un vote populaire, je l'accepterais, car il faut bien commencer. Je suis inquiet, d'après ses propos d'hier au soir, de constater que le Gouvernement n'envisage pas d'avoir un débat devant l'opinion publique sur la question. Cela devrait avoir lieu le plus vite possible.

2) Quelles sont les limites dans lesquelles le Parlement peut intervenir directement dans la conduite des affaires étrangères ? Selon la Constitution fédérale, en matière de politique étrangère, c'est le gouvernement qui est responsable et nous sommes là pour l'appuyer, et non pour intervenir constamment (art. 102 chiffre 8 de la Constitution). Avec un arrêté fédéral de portée générale, qui n'est même pas une loi, nous risquons de restreindre ce cadre.

M. Jaeger répond à ma question que le Conseil fédéral peut faire ce qu'il veut, mais il semble que ce ne soit pas exact. En effet, l'article 1 stipule que le Conseil fédéral "négocie", et non qu'il adresse une demande. Or, on ne peut pas négocier deux choses en même temps. L'exemple de la Suède et de l'Autriche n'est pas pertinent, ces pays faisant les choses successivement.

3) Il est clair qu'il faut soutenir le Conseil fédéral en matière d'EEE, mais en évitant d'argumenter contre l'adhésion. Cela pourrait en effet induire le peuple à penser que la CEE n'est pas une bonne solution, et c'est à éviter.

Je me pose en faveur d'une argumentation claire de répartition des tâches et je m'oppose à la présente initiative parlementaire.

AUER: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte vier Bemerkungen machen:

1. Herr Jaeger hat nichts gesagt, was wir nicht schon ausführlich diskutiert haben.
2. Wir haben ja die drei internen Initiativen zurückgewiesen, und da diese jetzt zur Diskussion stehende viel weiter geht, wären wir ja inkonsequent, wenn wir auf sie eintreten würden.
3. Herr Felber hat einmal gesagt, die Aussenpolitik sei zwar Sache des Bundesrates, sie müsse aber innenpolitisch abgestützt sein. Wenn wir nun einen Vorschlag nach dem anderen lancieren, trägt dies zur vollkommenen Volksverwirrung bei.
4. Wenn die EWR-Vertrag-Abstimmung vorbei ist, kann man dann immer noch dem Bundesrat den Auftrag erteilen, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen.

Wie aus meinen Bemerkungen unschwer zu erkennen ist, bin ich für Ablehnung.

PRAESIDENT: Wenn keine weiteren Anmerkungen mehr vorliegen, gehen wir zur Beschlussfassung über.

ABSTIMMUNG - VOTE

Für den Eintritt auf die Initiative:	0 Stimmen
Dagegen	11 Stimmen
	(2 Enthaltungen)

PRAESIDENT: Somit ist Nicht-Eintreten beschlossen. Ich schliesse an dieser Stelle Traktandum 4 ab.

TRAKTANDUM 5Verschiedenes
Divers

BAER: Ich habe noch zwei Pendenzen aus der letzten Sitzung. Das erste betrifft die Mitteilungen an die Presse vom letzten Mal. Die Beschlussfassung ist in der Presse falsch dargestellt worden, ich möchte doch darüber meinen Unmut ausdrücken. Zweitens möchte ich meiner Enttäuschung über das Verhalten von Herrn Mühlemann Ausdruck verleihen. Ich war ein bisschen konsterniert darüber, dass Herr Mühlemann im Anschluss an unsere letzte Sitzung an ein Treffen des Presseauschusses der FDP ging und dort unsere Beschlüsse preisgegeben hat, bevor unsere Kommission diese via Pressecommuniqué veröffentlicht hat. Ich denke, dass es nicht im Kompetenzbereich einzelner Mitglieder liegt, Beschlüsse der Kommission eigenmächtig zu veröffentlichen.

M. Petitpierre : J'abonderai dans le sens de Mme Bär. Il y a eu un malentendu. Nous n'avions pas vu que quand vous changiez de procédure, M. le président, en parlant de l'initiative de la commission, nous étions amenés à renoncer à la procédure de préavis et que nous établissions directement un texte à publier. J'ai compris qu'on améliorerait le texte, sinon j'aurais défendu notre premier texte, car le deuxième était pratiquement identique.

La presse a cru que notre initiative a été rejetée à l'unanimité. La discussion portait à mon avis sur un projet général, et la défaite était de 11 voix contre 9, et non à l'unanimité. Il aurait fallu annoncer qu'il y avait eu des discussions sur la forme de cette initiative, et donner clairement le résultat du vote.

PRAESIDENT: Es war natürlich absolut nicht die Ansicht, zu berichten wie die Kommission vorgegangen ist. Im Pressecommuniqué waren lediglich die Resultate der einzelnen Abstimmungen, so dass Fehlinterpretationen von Seiten der Journalisten durchaus im Bereich des Möglichen lagen. Ich bin natürlich selbstverständlich bereit, dies im Nationalrat dann noch zu präzisieren.

MUEHLEMANN: Tut mir leid, Frau Bär, wenn ich Sie beleidigt habe. Es handelte sich um eine Pressekonferenz zum Thema Sicherheitspolitik, und wir haben Themen angeschnitten, die am selben Tag in unserer Kommission zur Diskussion standen. Ich habe aber ausdrücklich gesagt, dass unser Präsident an diesem Nachmittag eine Erklärung zu unseren Beschlüssen abgeben werde, und habe die Journalisten auf diesen Termin verwiesen. Wahrscheinlich handelt es sich in diesem Zusammenhang ebenfalls um ein Missverständnis innerhalb der Presse, da ja unsere Statements am nächsten Tag zusammen in dieselbe Zeitung kamen, und eine Verwechslung durchaus im Bereich des Möglichen lag.

BAEURLIN: Ich habe noch eine Frage zu den Initiativen Petitpierre und Sager. Gibt es jetzt eigentlich die Möglichkeit eines Minderheitenantrags im Rat?

PRAESIDENT: Die Initianten haben meines Wissens darauf verzichtet, einen Minderheitenantrag einzureichen. Andernfalls sollten wir das jetzt wissen, bestehen Meinungen dazu?

M. Petitpierre : Puisque notre texte a été rejeté, il faut que la proposition de minorité soit de la commission. Chacun peut le faire. Personnellement, je ne le fais pas parce que notre initiative aurait dû venir en votation populaire le plus vite possible. Or nous avons perdu déjà 7 mois après le moment de son dépôt, intervenu en juin 90, pour la discuter. L'accueil a été mitigé, et cela n'a plus de sens. Je ne fais donc pas de proposition de minorité.

PRAESIDENT: Wenn noch jemand die Absicht hat, einen Minderheitenantrag im Rat einzureichen, dann soll er mir das aber vorgängig mitteilen.

BAEURLIN: Ich habe noch eine formale Frage. Haben wir beschlossen, unter welcher römischen Nummer das Geschäft im Rat eingereicht werden soll?

PRAESIDENT: Ich würde sagen, wir reichen das Geschäft unter römischer Ziffer III ein. Hingegen würde ich die parlamentarische Initiative Jaeger unter Ziffer IV einreichen, da diese ja unserer Meinung nach von geringerer Tragweite ist. Wenn sie keine Einwände haben, gilt dies als beschlossen und ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

SITZUNGSSCHLUSS: 12.00 Uhr

NATIONALRAT
Herbstsession 1990

90.262 Parlamentarische Initiative Jaeger vom 5. Oktober 1990

Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft

Gestützt auf Artikel 93 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes reichen wir folgende Parlamentarische Initiative ein:

Bundesbeschluss über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft (EG)

Artikel 1

Der Bundesrat nimmt mit den Organen der Europäischen Gemeinschaft Beitrittsverhandlungen auf.

Artikel 2

Der Bundesrat führt die Verhandlungen unter bestmöglicher Wahrung der staatspolitischen, ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Schweiz.

Artikel 3

¹Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung das Verhandlungsergebnis zur Beschlussfassung, unter Vorbehalt des obligatorischen Staatsvertragsreferendums.

²Er trifft die Massnahmen, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen.

Artikel 4

Der Bundesrat berichtet der Bundesversammlung mindestens einmal jährlich über den Gang der Verhandlungen sowie über die geplanten weiteren Massnahmen.

Artikel 5

¹Dieser Beschluss ist allgemeinverbindlich, er untersteht dem fakultativen Referendum.

²Er tritt am ... in Kraft.

³Er gilt bis zur Beschlussfassung nach Artikel 3 Absatz 1.

Mitunterzeichner - Cosignataires:

Biel, Borel, Columberg, Cotti, David, Ledergerber, Pini, Salvioni, Scheidegger, Schule, Segond, Spielmann, Ulrich, Widmer, Wiederkehr, Zbinden Hans (16)

(Begründung)

CONSEIL NATIONAL
Session d'automne 1990

90.262 Initiative parlementaire Jaeger du 5 octobre 1990

Ouverture de négociations en vue de l'adhésion à la Communauté européenne

Vu l'article 93, 1er alinéa, de la constitution, et l'article 21bis de la loi sur les rapports entre les conseils, nous déposons l'initiative parlementaire suivante:

Arrêté fédéral concernant l'ouverture de négociations en vue de l'adhésion à la Communauté européenne (CE)

Article premier

Le Conseil fédéral négocie avec les organes compétents de la Communauté européenne en vue d'une adhésion à cette communauté.

Article 2

Au cours des négociations, le Conseil fédéral vise à sauvegarder au mieux les intérêts de la Suisse sur les plans politique, écologique, économique et social.

Article 3

¹Le Conseil fédéral soumet à l'Assemblée fédérale, pour décision, le résultat des négociations, sous réserve du référendum obligatoire en matière de traités internationaux.

²Il prend les mesures relevant de sa compétence.

Article 4

Le Conseil fédéral fait rapport au moins une fois par an à l'Assemblée fédérale sur l'état des négociations et sur les mesures prévues.

Article 5

¹Le présent arrêté, qui est de portée générale, est soumis au référendum facultatif.

²Il entre en vigueur le ...

³Il reste en vigueur jusqu'à ce qu'une décision soit prise en vertu de l'article 3, 1er alinéa.

Mitunterzeichner - Cosignataires:

Biel, Borel, Columberg, Cotti, David, Ledergerber, Pini, Salvioni, Scheidegger, Schule, Segond, Spielmann, Ulrich, Widmer, Wiederkehr, Zbinden Hans (16)

(Développement)

Pa.IV. Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft

Begründung

Ungeachtet des Ausgangs der EWR-Verhandlungen stellt sich für die Schweiz das Problem der Weiterentwicklung der Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft. Einerseits wird es immer deutlicher, dass nicht nur Oesterreich sondern auch die skandinavischen Staaten - insbesondere Norwegen und Schweden - nach 1993 eine Vollmitgliedschaft in der EG anstreben. Andererseits konkretisieren auch osteuropäische Staaten allmählich ihre Optionen bezüglich der EG. Die Schweiz steht deshalb vor der Frage, ob sie nicht ebenfalls eine Beitrittsstrategie entwickeln soll. Eine solche Strategie wäre durchaus realistisch, weil sich auch innerhalb der EG - vor allem bei den kleineren Staaten (Dänemark, Beneluxstaaten) aber auch in Grossbritannien, Italien und im EG-Parlament - eine positivere Haltung gegenüber dem Beitritt weiterer Staaten abzeichnet.

Zu Art. 1

Aus den obenerwähnten Gründen erscheint die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen als geboten. Entsprechend der Verfassungssordnung obliegt die Verhandlungsführung dem Bundesrat.

Zu Art. 2

Auch die Initianten streben nicht einen vorbehaltlosen Beitritt - gewissermassen einen "Beitritt um jeden Preis" an. Die geltende Kompetenzordnung weist den definitiven Entscheid über den Beitritt Volk und Ständen zu. Ein Beitritt ist daher nur möglich, wenn er von einer breiten Volksmehrheit akzeptiert wird.

Die Notwendigkeit der direktdemokratischen Sanktionierung eines Beitritts führt dazu, dass sich die schweizerischen Vertreter bei den entsprechenden Verhandlungen von gewissen Grundsätzen leisten lassen müssen.

Die schweizerische Politik - sowohl bei den Verhandlungen als auch bei der späteren Mitbestimmung als EG-Mitglied - muss auf grundsätzliche Ziele schweizerischer Politik ausgerichtet werden: Demo-

kratie, Föderalismus (sowohl im Verhältnis der EG zu ihren Mitgliedstaaten als auch innerhalb der einzelnen Mitgliederstaaten gegenüber ihren Gliedstaaten, d. h. im Falle der Schweiz gegenüber den Kantonen), Vielfalt der Regionen, Verantwortung gegenüber der Umwelt, der dritten Welt und für den Frieden. Zentral ist dabei die Aufrechterhaltung der schweizerischen Standards in der Umweltpolitik (z. B. Luftreinhalteverordnung, 28-Tonnen-Limite, Nachtfahrverbot). Hier bestehen aber durchaus Gründe zum Optimismus, erlaubt doch Art. 130t des EG-Vertrages nationale Umweltschutzbestimmungen, die über den Standard der Gemeinschaft hinausgehen. (Ein praktisches Beispiel dafür ist die dänische Pfandregelung für Getränke.)

Es gilt aber festzuhalten, dass sich die Schweiz nur dann wirkungsvoll gesamteuropäisch für diese Ziele einsetzen kann, wenn sie Mitglied der EG ist. Ein rein wirtschaftliches Verhältnis und damit der passive Nachvollzug des "acquis communautaire" bietet keine wirkliche Mitgestaltungsmöglichkeit. Die Mitwirkungsmöglichkeiten sind umso vielfältiger, je früher ein Beitritt vollzogen und damit die Mitentscheidungsrechte ausgeübt werden können.

Andererseits darf das Verhandlungsmandat aber auch nicht mit einem Uebermass an Vorbehalten belastet werden. Zwischen der notwendigen Flexibilität in den Verhandlungen mit unseren Partnern und der nötigen Akzeptanz im eigenen Volk muss ein subtiler Kurs gesteuert werden.

Beim Problem der Landwirtschaft zeichnet sich eine befriedigende Lösung insofern ab, als innerhalb der EG, zumindest befristet, auch allgemeine mengenunabhängige Direktzahlungen und spezielle Hilfen für die Berglandwirtschaft akzeptiert werden. Zudem kennen viele Länder, u. a. die BRD direkte Ausgleichszahlungen für ökologische Leistungen im Dienste von Umwelt- und Landschaftspflege. Für die Landwirtschaft im Flachland müssten die nötigen Uebergangsfristen angestrebt werden. Es ist dabei zu beachten, dass zusätzliche Forderungen an unsere Landwirtschaft weniger von der EG als vielmehr vom GATT ausgehen.

Die Frage der Freizügigkeit der Arbeitskräfte müsste durch eine entsprechende Uebergangsfrist - analog zu derjenigen, die Luxemburg gewährt wurde - gelöst werden. Es ist hier anzumerken, dass die Freizügigkeit innerhalb der EG keineswegs zur erwarteten mas-

siven Binnenwanderung geführt hat. Ueberfremdungsprobleme entstehen in den EG-Ländern vielmehr durch Einwanderung aus Nicht-EG-Staaten.

zu Art. 3

Das Verhandlungsergebnis ist der Bundesversammlung zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Ein völkerrechtlicher Beitrittsvertrag mit der Europäischen Gemeinschaft bedürfte auf jeden Fall einer Genehmigung durch die Bundesversammlung und unterstünde dem obligatorischen Staatsvertragsreferendum nach Art. 89 Abs. 3 BV.

zu Art. 4

Der aussenpolitischen Führungsrolle des Bundesrates entspricht das Recht des Parlaments, informiert zu werden und zu beraten. Diese öffentlichen Diskussionen sind auch im Hinblick auf die spätere Abstimmung von Volk und Ständen sinnvoll.

zu Art. 5

Angesichts der Bedeutung des Entscheids erscheint es sinnvoll, dem Volk schon bei der Einleitung des Verfahrens eine Mitwirkung zu ermöglichen. Wir sehen deshalb die Möglichkeit des fakultativen Referendums vor, womit die Form des allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses gegeben ist.

90.262 Initiative parlementaire Jaeger du 5 octobre 1990

Ouverture de négociations en vue de l'adhésion à la Communauté européenne

Développement

Quelle que soit l'issue des négociations concernant l'EEE, le problème du développement des relations avec la CE se posera pour notre pays. D'une part, il devient de plus en plus manifeste que non seulement l'Autriche, mais les Etats scandinaves aussi - notamment la Norvège et la Suède - chercheront à devenir membres de la CE à part entière après 1993. D'autre part, les Etats d'Europe de l'Est définissent également leurs options à l'égard de la Communauté. La Suisse doit donc se demander si elle ne doit pas à son tour adopter une politique visant son entrée dans cette communauté. Une telle politique serait parfaitement réaliste, étant donné qu'au sein même de la CE une attitude favorable à l'adhésion d'autres Etats se développe - c'est notamment le cas pour les petits pays membres de la CE, comme le Danemark et les pays du Bénélux, mais aussi pour la Grande-Bretagne, l'Italie et le Parlement de la CE.

Ad article premier

L'ouverture de négociations en vue d'une adhésion à la Communauté européenne semble opportune pour les raisons exposées ci-dessus. Aux termes de la constitution, une telle démarche doit être entreprise par le Conseil fédéral.

Ad article 2

Les auteurs de l'initiative ne préconisent nullement une adhésion sans conditions, à tout prix pour ainsi dire. La répartition actuelle des compétences laisse au peuple et aux cantons le droit de se prononcer en dernier ressort sur une telle adhésion. Celle-ci n'est donc possible que si elle est acceptée par une large majorité populaire.

La nécessité d'obtenir la sanction de la démocratie directe oblige nos représentants à respecter certains principes au cours des négociations.

Ils devront - aussi bien lors des dites démarches que par la suite lorsqu'ils participeront de plein droit aux décisions de la CE - agir en tenant compte des constantes de la politique suisse, à savoir: la démocratie, le fédéralisme (qui devra déterminer non seulement les relations de la CE avec ses membres, mais aussi celles de chaque Etat à l'égard de ses composantes, donc dans le cas de la Suisse les rapports entre la Confédération et les cantons), la diversité des régions, la responsabilité à l'égard de l'environnement, du tiers monde et de la paix.

En l'occurrence, il est particulièrement important de maintenir les normes suisses en matière de protection de l'environnement (par exemple ordonnance sur la protection de l'air, poids maximum de 28 tonnes pour les camions, interdiction de rouler la nuit). Il y a de bonnes raisons d'être optimistes à cet égard, étant donné que l'article 130t du traité de la CE admet des réglementations nationales en matière de protection de l'environnement plus strictes que les normes fixées par la Communauté. ((La réglementation danoise sur les gages concernant les boissons en est un bon exemple).

Il faut cependant rappeler que la Suisse ne peut travailler efficacement à la réalisation de ces objectifs sur le plan européen que si elle est membre de la CE. Des rapports purement économiques et l'application passive de "l'acquis communautaire" que cela implique ne permettent pas de participer effectivement à la prise des décisions. Les possibilités de participer seront d'autant plus nombreuses que l'adhésion aura lieu plus vite et que nous pourrons plus rapidement faire usage de nos droits de co-décision.

D'autre part, nos négociateurs ne doivent pas être gênés, dans l'exercice de leur mandat, par des réserves excessives. Il faudra manoeuvrer habilement pour faire preuve de souplesse dans les négociations avec nos partenaires tout en tenant compte des sentiments de notre propre peuple.

Une solution satisfaisante se dessine en ce qui concerne l'agriculture dans la mesure où la CE accepte également, en tout cas temporairement, le versement de subventions générales indépendantes de la production et des contributions spéciales pour l'agriculture des régions de montagne. En outre, plusieurs Etats membres de la CE, l'Allemagne par exemple, octroyent des subventions directes destinées à compenser les prestations en faveur de la protection de l'environnement et du paysage. Il faudrait tenter d'obtenir des délais suffisants pour l'agriculture des régions de plaine. En ce domaine, il y a lieu de relever que les exigences accrues auxquelles notre agriculture doit satisfaire lui sont imposées par le GATT plutôt que par la CE.

Le problème de la libre circulation des travailleurs devrait être résolu par l'adoption d'un régime transitoire s'inspirant de celui qui a été concédé au Luxembourg. Il convient de relever à cet égard que la libre circulation au sein de la CE n'a pas provoqué les migrations de masse attendues. Les problèmes d'immigration qui se posent à la CE sont dus à l'afflux de travailleurs provenant de pays qui ne font pas partie de la Communauté.

Ad article 3

Le résultat des négociations doit être soumis à l'Assemblée fédérale qui devra prendre une décision.

Un traité d'adhésion à la Communauté européenne devrait nécessairement être approuvé par l'Assemblée fédérale et serait soumis au référendum obligatoire en matière de traités internationaux aux termes de l'article 89, 3e alinéa, de la constitution.

Ad article 4

Si le Conseil fédéral a la direction des affaires en matière de politique étrangère, le Parlement a, pour sa part, le droit d'être informé et de délibérer sur cette politique. Un tel débat public se justifie d'autant plus que l'objet doit être ensuite soumis à la votation du peuple et des cantons.

Ad article 5

Vu la portée de la décision à prendre, il nous semble judicieux de donner un droit de participation au peuple dès le début de la procédure. Pour cette raison, nous prévoyons le référendum facultatif, pour lequel la forme de l'arrêté fédéral de portée générale est nécessaire.

Verteiler

Datum: 22.2.91	
✓	Sauvant
✓	Robert
✓	Huber
✓	DZ
✓	Komm. NR
✓	Komm. SR <i>Masumi</i>
✓	Frakt. R / V
✓	Sekr.
✓	Ch. / mz.
✓	Amtl. Bulletin
	Finanzkomm.

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 18. Februar 1991

NATIONALRATPROTOKOLL

der gemeinsamen Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten
und der Wirtschaftskommission am 11. Februar 1991, von 16.00 bis 19.45
Uhr, in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 87

TEILNEHMERKommission für auswärtige Angelegenheiten

Bundi, Auer, Bär, Bäumlín, Bircher Silvio, Burckhardt, Dietrich, Frey
Walter, Grassi, Grendelmeier, Loretan, Mühlemann, Petitpierre,
Revaclier, Rychen, Segmüller, Zbinden Paul

Entschuldigt:

Cevey, Euler, Portmann, Rohrbasser, Wyss Paul, Ziegler

Wirtschaftskommission

Oehler, Aubry, Biel, Bühler, Eggly, Etique, Gardiol, Gysin, Matthey,
Mauch Rolf, Mühlemann, Nussbaumer, Reimann Maximilian, Schwab,
Segmüller, Spälti (ersetzt durch Früh), Uchtenhagen, Ulrich Ursula,
Vollmer, Zbinden Hans

Entschuldigt:

Cavadini, Fischer-Sursee, Maitre

Verwaltung

Bundesrat Delamuraz, Vorsteher EVD
Bundesrat Felber, Vorsteher EDA
Staatssekretär Blankart, Direktor BAWI, EVD
Botschafter Kellenberger, Chef Integrationsbüro EDA/EVD
Herr Schaller, Generalsekretär EDA
Herr Minister Lautenberg, EDA

Sekretariat:

Herr Aebi, PD
Herr Magnin, PD
Frau Pitteloud, PD

Protokoll:

Frau Buchmüller (d)
Frau Baessler-Feldau (f)

TAGESORDNUNG

Erörterung von Integrationsfragen auf der Basis des Informationsberichtes des Bundesrates über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess vom 26. November 1990

1. Aufdatierung des Integrationsberichtes
Diskussion
2. Stand der Arbeiten der Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie über die politische Union
Diskussion

ORDRE DU JOUR

Traitement des questions relatives à l'intégration sur la base du rapport d'information du Conseil fédéral sur la position de la Suisse dans le processus d'intégration européenne du 26 novembre 1990

1. Mise à jour du rapport d'information
Discussion
2. Etat des travaux au sein des conférences intergouvernementales relatives à une Union économique et monétaire et à une Union politique
Discussion

1. Erörterung von Integrationsfragen auf der Basis des Informationsberichtes des Bundesrates über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess vom 26. November 1990
 - 1.1. Aufdatierung des Integrationsberichtes
 - 1.2. Diskussion

1. Traitement des questions relatives à l'intégration sur le base du rapport d'information du Conseil fédéral sur la position de la Suisse dans le processus d'intégration européenne du 26 novembre 1990
 - 1.1. Mise à jour du rapport d'information
 - 1.2. Discussion

Bundi, Präsident: Zum Vorgehen: Es scheint unseres Erachtens nicht nötig, dass der Zwischenbericht in der Märzsession traktandiert wird; falls eine Diskussion gewünscht wird, kann sie auch im Rahmen des Traktandums Bericht über die Aussenwirtschaft stattfinden.

M. Delamuraz, Conseiller fédéral : Au nom du Conseil fédéral dans son entier ainsi qu'au nom des 3 départements - DFAE, DFEP, DFJP -, je félicite les deux commissions du Conseil national d'avoir eu la bonne idée de faire le point conjointement sur la politique en matière d'intégration européenne. Rappelons que malgré l'absence d'un représentant du DFJP, les personnes ici présentes ont les pouvoirs pour répondre aux questions relevant de ce département.

Ces dernières semaines, une mobilisation parlementaire intense s'est manifestée en matière européenne. La position de la Suisse dans le processus d'intégration européenne a été présentée dans le rapport de fin novembre 1990, et a été discutée en séminaire des Chambres fédérales durant la session de décembre 90 ainsi que par le groupe constitué au sein du Parlement en vue de promouvoir l'Espace économique européen (EEE).

En outre, notre rapport annuel sur la politique économique extérieure, qui a été examiné récemment par la commission du Conseil des Etats et qui sera examinée demain par la commission du Conseil national, donne des informations supplémentaires sur le processus d'intégration. Mais la négociation ayant repris en janvier 91, une réactualisation des renseignements contenus dans les deux rapports s'impose.

Le 19 décembre à Bruxelles, la réunion des ministres des pays de la Communauté et de l'AELE ainsi que du Lichtenstein a été mise en question, notamment par la Commission de la CEE, qui estimait impossible la percée politique espérée. Cette réunion a eu lieu contre la volonté du président de la Commission grâce à l'appui enthousiaste de l'Italie ainsi que grâce à l'insistance de la Suisse, alors présidente des pays de l'AELE.

Cette réunion n'a pas donné de résultats spectaculaires, mais elle a toutefois permis de constater une volonté politique de tout mettre en oeuvre pour que cette négociation EEE aboutisse, y compris pour la Suède et l'Autriche, quel que soit le sort réservé à la candidature posée pour entrer dans la Communauté.

Les développements du contexte européen ainsi que la récente réunion de Bruxelles ont permis de dégager les principaux points suivants :

- Dans le contexte de la CE, les deux conférences intergouvernementales sur l'Union économique et monétaire et sur l'Union politique ne sont mises en place.
- Les processus de renforcement de l'intégration de la CE se sont accélérés. La conséquence en sera que l'influence de la CE va se faire bientôt sentir sur nos propres politiques. Par voie de conséquence, il nous faudra être "dans le coup".
- Entre-temps, la BERD a pris un véritable contenu. Cette banque, qui réunit 40 pays et institutions, sera officiellement lancée à Londres en avril 91. Elle aura pour président Jacques Attali.
- Les négociations de libre-échange entre l'AELE et la Hongrie, la Tchécoslovaquie et la Pologne suite à la rencontre de Göteborg de juin 90 se sont approfondies. Nous nous conformons, en matière de coopération et d'aide à apporter à ces pays, tant aux schémas fixés par l'AELE qu'aux décisions prises par le Parlement - cf. le crédit-cadre d'aide à ces trois pays -.

Il est à noter que la discussion a débordé le cadre de ces trois pays, et que la situation de l'URSS et des autres pays anciennement satellites de l'URSS fera prochainement l'objet de propositions du Conseil fédéral au Parlement.

De récents événements nouveaux ont frappé la Yougoslavie : l'AELE a décidé d'accorder une aide différente de celle apportée par la Suisse et les G24 aux trois pays ci-dessus. Le crédit de l'AELE pour la Yougoslavie n'est pas encore devenu opératif compte tenu du manque de volonté de réformes, tant économique que politique, de ce pays. Des contacts directs avec des membres du gouvernement central de Yougoslavie ont fait apparaître l'extrême instabilité qui y règne actuellement. Cela m'a amené, comme représentant de la Suisse à l'AELE, à convenir avec les autres pays membres de ne pas rendre ce crédit opératif.

En matière de traité EEE, lors de la rencontre de janvier 91, les pays de l'AELE n'ont pas modifié leurs ambitions quant aux 4 libertés, aux politiques d'accompagnement et aux mécanismes institutionnels.

Rien de particulièrement frappant n'a été confirmé lors de cette réunion, et j'exprimerai mes craintes devant ce démarrage sans conviction. La question des délais se pose. En effet, la CE, après avoir fixé impérativement la date du 31 décembre 90, envisage maintenant la fin du premier semestre 91 et même au-delà. Rien d'officiel n'a été annoncé, mais il y a là un signe inquiétant. Si l'on veut que le traité entre en action le 1er janvier 1993 après la signature en juin 91, il est clair que la phase de consultation populaire en Suisse va rendre les choses problématiques. Elles le seront encore plus si ce délai de juin 91 est repoussé.

Deux remarques finales :

1) Nous avons toujours minimisé la relation entre l'Uruguay round et l'EEE : or j'ai toujours estimé qu'il y en avait une. Il faut admettre que la négociation de l'Uruguay round va mal, et si elle se prolonge, elle aura des conséquences négatives directes sur celle de l'EEE. Je vois déjà les négociateurs de la Communauté, en matière agricole, essayer de nous pousser à aller au-delà de la simple cohésion Nord-sud, et de faire entrer dans le traité EEE des éléments supplémentaires que nos pays n'auraient pas dû payer dans le cadre de l'Uruguay round.

2) Si les discussions EEE aboutissaient - secteur agricole mis à part - il s'agirait de reprendre quelque 1400 actes communautaires, de modifier 60 lois fédérales, et d'accélérer les délais. Nous préparons actuellement un calendrier d'adaptation juridique.

Le gouvernement devra dans le même temps procéder, avec les gouvernements cantonaux - dont la collaboration est excellente -, en une séance du Groupe de contact qui se tiendra le 1er mars 91, à l'examen détaillé des conséquences de l'EEE sur le droit cantonal et le fédéralisme. Une préparation intérieure est en cours à cet effet.

M. Felber, Conseiller fédéral : La difficulté de notre travail conjoint avec le DFJP tient à ce que nous devons prévoir des modifications dans des domaines sur lesquels nous sommes amenés à anticiper les résultats.

Globalement, sur le plan strictement économique, les négociations entre les pays de la CE et de l'AELE se sont engagées dans le sens que nous nous étions fixé.

En matière d'institutions, la Suisse insiste sur l'importance que celles-ci revêtent dans le cadre de l'EEE. Ainsi, le droit de codécision sur lequel nous insistons devrait nous donner particulièrement le droit de participer à l'élaboration et à la prise de décision sur les règles nouvelles applicables à tous les pays de l'EEE (19 pays dont 12 de la CE), ainsi que de manière bilatérale, entre chaque pays de la CE et chacun des pays de l'AELE.

Nous nous heurtons, face aux problèmes institutionnels, à des obstacles les plus importants de la négociation. Le 19.12.1990, les ministres respectifs des pays en négociation ont obtenu que le cadre institutionnel du processus d'élaboration et de prise de décision dans l'EEE comprendrait :

- un Conseil de l'EEE composé de représentants des Etats membres de la Communauté et de la Commission, ainsi que des ministres des pays de l'AELE;
- un organe conjoint de l'EEE responsable de la mise en oeuvre de l'accord, au sein duquel les pays membres de l'AELE, au moment de la prise de décisions, devront s'exprimer d'une seule voix.

Maintenant, au niveau de la discussion des experts, il faut définir les compétences desdites institutions. Nous sommes de l'avis que l'élaboration des décisions devrait faire intervenir tous les Etats de l'AELE, de façon que chacun d'entre ces pays puisse présenter sa position individuellement.

Le Conseil fédéral n'a jamais voulu que l'AELE devienne une "mini Communauté" et à ce niveau des négociations, nous continuons de courir le risque qu'on nous demande de parler d'une seule voix. C'est ce que nous avons redouté jusqu'à présent, et nous continuons de combattre une exigence qui nous amènerait à devoir adopter une conception différente de l'AELE. Et s'il faut en effet perdre une part de souveraineté, il vaut mieux alors la perdre dans le cadre d'une institution plus grande dans laquelle la prise de décision a des conséquences plus importantes sur l'avenir de notre politique nationale.

Un autre élément en discussion concerne la participation des représentants des pays de l'AELE dans les divers comités prévus dans les directives communautaires. Ces directives font partie de l'acquis communautaire que nous allons reprendre dans le traité EEE.

Ces comités sont importants, étant chargés d'assurer la gestion et le développement de l'EEE. C'est à partir de ces comités que naissent les développements de ce droit et son application.

Le dernier problème non résolu est celui de l'organisation et des compétences qui seront attribuées à un organe judiciaire de l'EEE. Dans un traité ambitieux, il est souhaitable qu'il y ait un organe judiciaire auquel l'on puisse faire recours. Les négociations sur la Cour de l'EEE ont commencé et les divergences abondent pour l'instant.

Dans la deuxième partie du rapport du 26.11.90, le Conseil fédéral se livre à des réflexions sur notre politique de neutralité dans le contexte européen ainsi que sur les autres options de notre politique d'intégration.

Il faut admettre que les événements récents intervenus dans les pays de l'Europe centrale et orientale pèsent d'un poids particulier dans la politique d'intégration européenne. Nous ne pouvons pas négliger que malgré les accords actuellement négociés entre l'AELE et les pays de l'Europe centrale les plus avancés sur le plan démocratique, ces pays ont déjà obtenu des arrangements bilatéraux avec les pays de la CE. La plupart de ces pays - Hongrie, Pologne - ont déjà exprimé la volonté d'adhérer à terme à la Communauté.

Cette situation nous oblige à repenser et à redéfinir notre politique européenne, notamment de neutralité, ainsi que la part que nous allons prendre à l'appui dont auront besoin les pays d'Europe centrale et orientale au cours des 20-25 prochaines années. Cette réflexion portera sur le choix des pays à soutenir - en fonction de leur développement démocratique et de leur engagement vers une économie de marché - ainsi que sur les moyens à mettre en oeuvre pour pouvoir assurer la sécurité générale du continent, en URSS ou dans d'autres pays d'Europe centrale ou orientale qui ont besoin d'une telle aide.

Ces questions feront l'objet d'un message au printemps prochain, en vue d'une discussion à la session de juin.

Sur le plan de la neutralité, le Conseil fédéral dispose déjà de documents de travail.

Quant aux autres options de politique d'intégration, rien de nouveau n'est à signaler. Il est impossible de garantir la réussite des négociations EEE. Notons que les pays ayant demandé l'adhésion à la CE doivent considérer ce futur traité comme une transition, ce qui n'est pas le cas pour la Suisse. Si nous devons admettre un traité sur l'EEE transitoire, cela supposerait que nous avons déjà opté pour une adhésion à la CE. Or, ce n'est pas le cas actuellement.

M. Eggly : J'ai été impressionné par l'engagement de la Suisse, notamment dans les 6 derniers mois de 1990, où sa présidence a été marquante. J'ai pu le constater, ayant maintenant la chance de faire partie de la délégation parlementaire suisse au sein de l'AELE.

L'autre jour, M. Willy de Clerq a annoncé que les demandes d'adhésion récentes ne seraient pas examinées avant 1993. La conclusion qui en découlait était que même pour ces pays, l'EEE est une chose incontournable qu'il ne s'agit pas de brader.

Evidemment, la crainte du côté suisse a toujours été que les pays qui veulent adhérer se contentent d'un mauvais accord, notamment en matière institutionnelle.

Est-il donc tout à fait habile, du côté suisse, de dire que l'intérêt à adhérer équivaudrait à se désintéresser de l'EEE ?

M. Felber, Conseiller fédéral : Je ne mets pas en doute qu'un EEE est indispensable, y compris pour les pays qui ont déjà manifesté politiquement leur décision d'adhérer. Ce traité est nécessaire pour des raisons pratiques : l'entrée en vigueur du Marché unique en 1993 en est la cause. Les pays candidats à l'adhésion sont conscients de ce que leur adhésion ne pourra être effective à cette date.

Cependant, les appréciations des commissaires de la CE doivent être considérées avec quelque méfiance : rappelons-nous les déclarations, puis les rétractations de M. Delors, par exemple. J'ai été à côté de M. Mock, ministre des affaires étrangères autrichien quand il a reçu le papier lui annonçant qu'il recevrait cette année encore l'avis de la CE quant à la demande d'adhésion. L'avis précède l'ouverture des négociations sur une demande d'adhésion.

Or, nous sommes à la veille de 1993, et un accord sur l'EEE ne sera pas prêt avant la fin du premier semestre 1991. Il reste une année et demie avant l'ouverture du Marché unique. Pour les Etats qui ont choisi l'adhésion, nous sommes néanmoins obligés de constater que l'accord, même s'il n'est pas totalement satisfaisant, les gêne moins que la Suisse, notamment en ce qui concerne les institutions. C'est ce qui explique que le terme de "transitoire" revienne tout le temps.

Notre objectif prioritaire est bel et bien d'aboutir à un bon traité, et si nous n'y parvenons pas, nous devons nous concerter de nouveau avec vous.

Schwab: Das EWR-Recht sei vor das nationale Recht zu stellen: Was heisst das konkret, bspw. im Bereich Umweltschutz?
Verarbeitete Agrarprodukte sollen gleich behandelt werden wie Industrieprodukte: Was hat das für Auswirkungen auf die Landwirtschaft?

Frey Walter: Was geschieht, wenn der EWR-Vertrag nicht zustande kommt?
Ich hätte gerne einige Ausführungen zum autonomen Weg, denn dieser ist meines Erachtens weder im Bericht noch in Ihren Ausführungen gebührend berücksichtigt worden.
Wie beurteilen Sie - auch unter dem Eindruck der Ereignisse rund um den Golfkonflikt - die Neutralitätspolitik in einem geeinten Europa?

Blankart: Zu Herrn Schwab: In der schweizerischen Rechtsordnung bricht Völkerrecht stets internes; dies wird auch für das EWR-Recht gelten. Ein Teil des EWR-Verordnungsrechts ist zusätzlich direkt anwendbar (Applicabilité directe: Une norme est invocable devant le juge car apte à fonder un jugement). Damit wird nach dem Inkrafttreten des Vertrages das EWR-Recht integrierender Bestandteil der nationalen Rechtsordnung sein.

Zum Gesundheits- und Naturschutz: Die schweizerischen Normen sind im allgemeinen schärfer als die der EG. Es wird nicht darauf hinauskommen dürfen, dass die Schweiz sich entscheiden muss zwischen Europa und Umweltschutz. Der Widerspruch wird von Fall zu Fall diskutiert werden; wir hoffen auf Angleichung in den Fällen, wo wir weiter sind. In einigen Fällen wird eine gegenseitige Anerkennung die Lösung sein; wo die EG keine Fortschritte zu machen gewillt ist, wird die Schweiz für Ausnahmen plädieren; dies wird allerdings von der EG heute noch nicht akzeptiert.

Zur zweiten Frage von Herrn Schwab: Dies ist zurzeit in Abklärung begriffen. Gemäss Protokoll Nr.2 des Freihandelsabkommens wurden die Zölle gespalten: Das Agrarschutzelement blieb bestehen, das Industrieschutzelement wurde abgebaut. Es sind nun entweder die Erweiterung des Protokolls Nr.2 auf zusätzliche Gebiete denkbar oder aber Restititionen (Differenz zwischen EG-Inlandpreis und Weltmarktpreise). Dies bedeutet ein Plusgeschäft für die Bundeskasse. Daher will die EG zukünftig nur noch Restititionen zahlen, die die Differenz ausgleichen zwischen tieferem schweizerischem Binnenpreis und EG-Binnenpreis.

M. Delamuraz, Conseiller fédéral : (à M. Frey) Pour répondre à la première partie de votre question, où vous parlez de "chemin autonome", ce qui est supérieur à l'"Alleingang" trop souvent utilisé, je vois 5 aboutissements théoriques possibles aux négociations actuelles :

- 1) un accord EEE qui a de la substance - y compris sur le plan institutionnel - et accepté de tous.
- 2) un accord moins substantiel, mais qui reste acceptable.
- 3) aucun accord, et l'on en reste au suivi de Luxembourg 1984.

Les problèmes se posent avec plus d'acuité lorsque :

- 4) comme dans 2), nous avons un petit traité sans grande substance auquel la Suisse ne participe pas alors que les autres pays de l'AELE y ont adhéré. Avec ce cas, la Suisse se trouve isolée à l'égard des pays, tant de la CE que de l'AELE;
- 5) ce dernier cas est le pire, symétrique du No 1, en ce sens que nos confrères de l'AELE concluent un accord substantiel avec la CE, alors que la Suisse n'y participe pas.

Les cas 4) ou 5), le Conseil fédéral ne va pas les éviter à tout prix si réellement les négociations nous conduisaient à un mauvais traité EEE. Dès lors, commencerait une démarche autonome qui nous singulariserait en Europe, tant par rapport à la CE qu'à l'égard de l'AELE. Un mauvais traité, ce n'est pas nous qui allons le choisir, mais cette démarche nous serait imposée, et cette démarche autonome aurait des conséquences peu dommageables pour la Suisse à court terme.

Elle aurait cependant des conséquences dommageables à long terme pour les raisons suivantes :

1) Rien n'est acquis définitivement. Nos partenaires de la CE ni ceux de l'AELE ne veulent sans doute pas, dans une perspective solitaire de la Suisse, nécessairement tenir tous les accords passés de 1963, et surtout de 1972 à nos jours. Théoriquement le danger subsiste que dans certains accords aujourd'hui acquis - pensons à l'accord sur les assurances, de 2 milliards et demie de francs suisses engagés - pourraient être remis en cause si la Suisse faisait cavalier seul. C'est dire que la Suisse, si elle s'engageait dans une voie autonome, devrait y être contrainte.

2) Qu'elle soit membre de la CE, d'un éventuel EEE ou pas, des situations économiques sur le continent s'imposeront d'elles-mêmes de facto à la Suisse. N'oublions pas que les importations de la Suisse, qui proviennent à 80 % des pays européens (AELE 10 %, CE 70 %), que la position géographique de notre pays ainsi que notre position dans le concert européen, font que certaines règles s'appliquent inéluctablement à notre marché intérieur et à nos comportements internationaux.

Dès lors, si nous ne pouvions pas accepter les sacrifices liés à un tel accord au point que nous devrions faire cavalier seul, nous nous trouverions engagés dans une voie où notre position de liberté serait très relative. Notre capacité de comportement indépendant et souverain serait théoriquement sauvegardée mais pratiquement fort entamée, et nous perdriions le peu d'espoir que nous avons d'influer sur le cours des choses soit comme membre de l'EEE, soit comme membre de la CE.

Il ne s'agit pas de donner trop d'a priori, et mon argumentation découle plutôt d'intuitions que d'un raisonnement scientifiquement démontrable. Nous avons voulu aller au-delà, et suite au premier rapport sur l'intégration européenne, le Conseil fédéral a chargé un collège de scientifiques présidé par le Professeur Hauser, de la Haute école de St-Gall, d'effectuer une appréciation économétrique des différents cas où nous serions placés: en concordance avec l'AELE mais en divergence avec la CE, en congruence avec la CE et l'AELE, ou en totale indépendance vis-à-vis de ces deux institutions, sans oublier le cas de la "volle Mitgliedschaft". Un premier éclairage sera donné à la Commission des finances à l'occasion d'un séminaire prévu à la mi-avril à St-Gall.

Pour conclure, je pense que l'évolution de la construction européenne, la pression et la signification de cette intégration sont telles qu'il est quasiment impossible d'imaginer qu'à long terme la Suisse puisse envisager une totale autonomie politico-économique.

Mauch Rolf: Ich bin beeindruckt von der Einstellung und der Arbeit unserer Unterhändler. Bei aller Bewunderung für den Bericht, bin ich doch skeptisch hinsichtlich des Punktes "autonomer Weg": Meines Erachtens wurde die Eigenstaatlichkeit nicht mit der nötigen Präzision besprochen, was in vielen schweizerischen Kreisen als Mangel empfunden werden könnte, und zwar seitens der Bevölkerung wie auch seitens der Wirtschaft.

Mühlemann: Die Frage von Herrn Frey erfordert eine Grundsatzdiskussion. Die fünf von Herrn Bundesrat Delamuraz ausgeführten Möglichkeiten müssen unterschiedlich gewichtet werden.

In der Schweiz werden immer primär die Gefahren und Bedrohungen betrachtet; unsere Unterhändler versuchen stets, diese Risiken einzuschränken.

Das Kooperationsorgan mit Informations- und Mitspracherecht deutet auf Lösungsmöglichkeiten hin. Die Probleme bezüglich Föderalismus, Neutralität und direkter Demokratie sollten durchaus lösbar sein. Meine Kritik am Bericht ist, dass die wirtschaftlichen Vorteile eines EWR-Vertrages zu wenig betont werden.

Um die zwei vorhandenen Stolpersteine - das EG-Parlament und die Volksabstimmung - umgehen zu können, ist es nötig, dass unsere beiden Kommission in dieser Frage grundsätzlich hinter dem Bundesrat stehen.

Biel: Woher nehmen die beiden Bundesräte den Optimismus, einen guten - und nicht einen mässigen - EWR-Vertrag erreichen zu können. Welches Interesse hat die EG, uns entgegenzukommen?

Rychen: Ich möchte mich für den Bericht bedanken.

Zum "Europa verschiedener Geschwindigkeiten": Meines Erachtens braucht die Entwicklung Europas unbedingt verschiedene Geschwindigkeiten. Wie erklären Sie sich den diesbezüglichen Widerspruch im Bericht?

Bundi: Ich war bisher der Ansicht, der EWR-Vertrag befinde sich auf gutem Wege. Da dies nun offenbar nicht der Fall ist, scheint es mir um so wichtiger, dass wir Parlamentarier uns auf das Wichtigste konzentrieren, und zwar auf die Realisierung des EWR-Vertrages. An der EFTA-Zusammenkunft in Genf wurde die Stellung des europäischen Parlamentes kritisiert; wir schweizerischen Parlamentarier sollten vermehrt mit den Europaparlamentariern in Kontakt treten.

M. Felber, Conseiller fédéral : (à M. Mauch) N'oublions pas que ce rapport est un complément à celui de 1988, dont l'on reprend certains éléments. A l'époque on nous avait priés d'apprécier les suites de ces négociations ou de leur échec.

Même si nous mettons un accent en expliquant politiquement à notre pays une voie autonome, nous n'avons pas offert au Parlement un choix définitif, celui-ci n'étant pas appuyé sur des mesures et des analyses qui sont encore à conduire. Nous croyons justifié d'ouvrir la discussion dans le sens abordé par M. Bundi, c'est-à-dire en donnant la possibilité aux parlementaires d'amener leur propre réflexion dans ce débat européen.

Ce que nous essayons d'éviter, c'est, en ne poussant pas notre réflexion, de nous faire un jour imposer petit à petit par des adaptations successives de notre droit national au droit européen, qui sera celui de la majorité, voire de la totalité des pays d'Europe, des solutions que nous n'aurions pas choisies.

Ce rapport rappelle, comme en 1988, que l'indépendance est relative dans la mesure où nous pouvons aujourd'hui mesurer l'interdépendance des pays au niveau européen. Sur le plan économique, notre interdépendance n'a fait que s'accroître en vingt ans. Le résultat, c'est le chiffre annoncé de 80 % pour nos importations à partir des pays d'Europe.

Il en résulte la nécessité de définir une politique européenne la plus courageuse possible. Nous estimons aussi que les contacts entre les parlementaires du Parlement européen et de la CE et du Parlement suisse méritent d'être favorisés.

Les esprits inquiets quant au non respect de la neutralité suisse peuvent se rassurer : nous ne comptons pas balayer ce principe, mais nous essayons de définir si cette neutralité peut nous aider à conduire une politique européenne qui mène la Suisse à un degré d'intégration favorable à nos institutions et à notre peuple. Les conclusions de notre étude seront soumises à l'appréciation du Parlement.

M. Delamuraz, Conseiller fédéral : Suite aux considérations lucides de M. Mühlemann, je ferai deux remarques :

1) Il y a quelques mois, à une séance plénière du Conseil national, on m'a demandé pourquoi, compte tenu des "bottom-lines" - tant substantielles qu'institutionnelles - que nous avons fixées et qui nous donnaient peu de chances de nous mener à un heureux aboutissement, nous nous engageons malgré tout dans ces négociations.

Je retournerai la question : qu'est-ce que le Parlement suisse aurait imaginé si le Conseil fédéral avait été le seul à ne pas vouloir entrer en discussion préalable - non pas en négociation définitive - avec la CE ? C'eût été une manifestation de surdité politique qui nous aurait sans doute conduits vers une ébauche de solitude. Je rappelle que la démarche autonome ne sera pas l'objet d'un choix délibéré. On ne pourra proposer une telle démarche que si les négociations tournent mal et si le prix à payer par la Suisse est exorbitant.

2) Je vous remercie de sortir les Suisses d'un état de frilosité qui consiste à demander quels sacrifices entraînera l'EEE. Je poserai la question en d'autres termes : quelle aubaine peut apporter un marché qui réussit l'échangisme commercial, l'élargissement des marchés, qui rend la compétitivité possible en dépit de prix intérieurs élevés, qui conduit la politique de niches qui nous a réussi jusqu'à présent en dépit d'obstacles divers, et qui ne nous a empêché ni d'investir, ni d'exporter à l'étranger ? Cessons d'être de petits comptables et essayons de ne pas être réticents faute d'esprit pionnier. La frilosité et le manque de courage sont moins que jamais à l'ordre du jour.

(à M. Biel) Si parfois les intérêts sont mal saisis à Bruxelles, ce que je condamne, à cause d'une certaine insuffisance au niveau de la conception, il y a aussi d'autres lucidités : la Communauté a eu le mérite d'avoir la lucidité de comprendre, à la lumière des événements survenus en Europe centrale et orientale, que l'EEE pourrait apporter son soutien dans la construction de l'Europe. Cette dimension est moins évidente, elle n'est peut-être pas la seule, mais elle doit montrer que la construction de l'Europe est appelée à suivre un ordre logique selon certaines étapes, dont celle d'un bon traité EEE.

Nous achoppons en fait au caractère hautement public et médiatique de ces négociations, et tout est su publiquement avant l'événement réel. Cela rend difficile de mener des négociations correctes. Le GATT en a certainement souffert à cause du dernier "jamboree" subi du 3 au 7 décembre 1990.

(à M. Bundi) La présente conversation est destinée à notre information ainsi qu'à l'information de base du Parlement. Mais il est clair que si nous devons penser à ne pas être pris au dépourvu en cas d'échec de cette opération, nous devons y penser à titre strictement interne. En revanche, notre action publique ne peut reposer que sur l'hypothèse de la réussite de la négociation EEE. Sinon, nos concitoyens pourraient ne plus rien comprendre.

Notons qu'il n'y aura jamais, à l'intérieur de cette organisation en pleine mutation qu'est la Communauté, une parfaite unité de langage : il y a des nuances entre ce que l'on dit dans les capitales respectives des 12 pays, il y a des différences entre ce que disent les ministres et ce que dit la Commission, et il y a parfois des abîmes entre la Commission, le Conseil des ministres et le Parlement européen. Nous avons minimisé l'importance de ce dernier. S'il n'a qu'environ 30 % de pouvoirs par rapport à un parlement national, le Parlement défend jalousement ces pouvoirs. La Commission a pratiquement lancé la négociation EEE de façon univoque et le Parlement se regimbe, craignant de voir ses pouvoirs entamés.

Ce qui compte, c'est de renforcer les relations interparlementaires et intra-parlementaires - rencontres avec la commission Rex ainsi qu'avec la commission politique - et d'être présents dans ce type de contacts. Cela demande autant un travail d'information de la part du Conseil fédéral qu'un engagement de la part des parlementaires.

Blankart: Zu Herrn Biel: Herr Bundesrat Delamuraz hat die positiven und negativen Aspekte unserer Interessenlage sehr gut dargelegt. Die EG hat ein Interesse, den EWR zu realisieren, denn sonst würde ihr Versuch, im europäischen Haus die erste Geige zu spielen, scheitern; zudem würde ihr der Ruf anhaften, nicht mehr in der Lage zu sein, ihre Nachbarschaftsverhältnisse durch völkerrechtliche Verträge mit gleichen Rechten und Pflichten zu regeln. Daher hat die EG am 19. Dezember in gewissen Punkten nachgegeben. Tatsache ist aber, dass die Gemeinschaft zurzeit eher bremst; dies hat zur Folge, dass die nordischen Staaten schneller nachgeben, um den EWR-Vertrag möglichst rasch unter Dach zu bringen.

Einige wesentliche Punkte bleiben noch ungeklärt. Es sind dies die Vorbereitungen der gemeinsamen Entscheide à dix-neuf, die Fragen rund um das 2-Pfeiler-System sowie die Teilnahme an den flankierenden Politiken.

Obwohl wir heute teilweise isoliert dastehen, da Oesterreich nicht mehr dieselben Interessen hat wie wir, und obwohl das Ziel noch nicht erreicht ist, so ist doch eine gewisse Zuversicht angebracht.

Kellenberger: Zu Herrn Rychen: Die Aussagen auf S.12 betreffend verschiedener Geschwindigkeiten beziehen sich erstens auf früher und zweitens auf den westeuropäischen Raum. Heute besteht das Interesse seitens unserer Verhandlungspartner, mit uns punktuell Abkommen abzuschliessen, viel weniger als früher. Die gesamteuropäische Zusammenarbeit wird nur mit verschiedenen Geschwindigkeiten realisiert werden können; im westeuropäischen Bereich sieht dies aber anders aus. Zu S.16: Die EG-Rechtsmasse, die wir in den EWR-Vertrag aufnehmen müssen, ist enorm; sie enthält das ganze EG-Binnenmarktsrecht. Im Vergleich zu einem EG-Beitritt allerdings hat diese Lösung wiederum quasi à-la-carte-Charakter.

Auer: Zu den verschiedenen Geschwindigkeiten: Allein der Binnenmarkt hängt ab von der neuen Weltordnung, von der Konjunktur usw. Es handelt sich hier um einen Prozess, und nicht um einen exakten Fahrplan. Zu den bisherigen Verhandlungen: Ich war ziemlich enttäuscht über den Beschluss des schwedischen Reichstages. Zum EG-Parlament: Es hat grossen Einfluss auf die Ausgestaltung der Richtlinien, auch wenn es formell kein Mitspracherecht hat. Ich bedanke mich für den vorliegenden Bericht und möchte darauf hinweisen, dass wir in einer sehr spannenden Zeit leben und dass es unsere Aufgabe ist, diese sehr interessante Diskussion ins Volk hinauszutragen.

Nussbaumer: Gemäss den Conclusions de la Présidence bleibt offenbar für die Schweiz lediglich die Option EWR bestehen. Meines Erachtens ist von der Bereitschaft, unser internes Recht europafähig zu machen, nicht viel zu spüren. Daher sollten wir Parlamentarier uns soweit zusammenraufen, dass man in Brüssel - und auch in der schweizerischen Bevölkerung - merkt, dass die Schweiz mit vollem Engagement an die Verhandlungen herangeht.

Frau Grendelmeier: Ich teile die Zweifel von Herrn Mauch gar nicht; es wird der Schweiz gut tun, wenn sie sich ein bisschen öffnen muss. Zu den Anpassungen von Umweltschutznormen gegen unten: Stimmt es, dass sich kein Land gegen unten anpassen muss? Wohin führt der transitorische Weg, wenn die Verhandlungen scheitern?

Vollmer: Meines Erachtens wird die Option eines EG-Beitritts zu stark beleuchtet unter dem Aspekt des Scheiterns der EWR-Verhandlungen. Wir sollten uns auch auf eine nächste Phase - allenfalls nach dem Abschluss der EWR-Verhandlungen - vorbereiten und uns auch auf innenpolitischer Ebene mehr Klarheit betreffend Integration verschaffen (bspw. durch Anpassungen im Bereich der Landwirtschaft oder der Lex Friedrich). Mir fehlen im Bericht diesbezügliche Schlussfolgerungen.

Reimann Maximilian: Das EFTA-Präsidium liegt zurzeit bei den Oesterreichern; ebenso das permanente Generalsekretariat. Hat dies Einfluss auf den Verlauf der Verhandlungen?

M. Delamuraz, Conseiller fédéral : (à M. Auer) La Suède, depuis assez longtemps, connaissait un débat politique tranché, avec les partis de l'opposition et l'industrie suédoise favorables à une adhésion, et un parti majoritaire ainsi que les syndicats hostiles à celle-ci. Cela a expliqué que le gouvernement suédois, au cours de la négociation EEE, ait eu pendant un certain temps une attitude extrêmement positive, cherchant à présenter ce traité à ceux qui prônaient l'adhésion à la CE.

C'est au moment où la situation économique de la Suède s'est fortement dégradée que l'on s'est demandé, du côté des adversaires de l'adhésion à la CE, s'il ne fallait pas changer de cap. Ce n'est pas la seule explication, mais la situation intérieure a sans doute joué un rôle. Même cas pour l'Autriche : on m'a souvent avancé qu'une réforme économique intérieure pouvait bénéficier du recours à l'AELE, sans que politiquement le peuple autrichien ni le marché intérieur n'aient à subir le contrecoup de cette réforme.

Il y a incontestablement dans ces deux démarches cette similitude que l'on cherche à faire régler, par la Communauté, des problèmes économiques intérieurs dont on n'est pas venu à bout.

Il est évident que nous devons sortir de la langue de bois dans nos communications, et faire une présentation concrète de la situation, notamment en présentant des scénarios. Il y a encore beaucoup à dire sur l'Europe. J'en veux pour preuve l'émission "Temps présent", au cours de laquelle un sondage a révélé que si la majorité des 1000 personnes sondées étaient favorables à une adhésion à la Communauté, seulement 6% d'entre elles acceptaient les sacrifices en démocratie directe que suppose cette adhésion. Or, la négociation EEE vise à ce que de tels sacrifices ne soient pas exigés, du moins à un degré inférieur qu'en cas d'adhésion. Une information approfondie doit donc être dispensée.

(à M. Nussbaumer) Merci sur cette volonté de faire quelque chose plutôt que de se livrer à de la réflexion purement rhétorique. Les informations que livre la presse quant aux divers doutes ne renforcent ni le Gouvernement, ni les négociateurs. Il n'est pas question d'être univoque, mais il serait souhaitable que l'opinion publique se persuade de la nécessité pour la Suisse de mettre toutes les chances de son côté en participant à une négociation dure, quitte à ce qu'elle capote, et il faut que l'on ait le sentiment, à l'extérieur du moins, que cela correspond à une volonté profonde du Parlement.

M. Felber, Conseiller fédéral : (à Mme Grendelmeier, M. Vollmer) Cessons de poser cette question sur le caractère transitoire du traité : le but du CF est d'obtenir un accord sur l'EEE. Un accord sur l'EEE, si bon soit-il, n'empêche aucun des pays partie d'adhérer s'il le veut. Il sera transitoire, bon ou mauvais pour celui qui a déjà décidé d'adhérer, et il ne sera pas transitoire pour celui qui estime que l'ouverture du débat sur l'adhésion est un autre problème.

(à M. Vollmer) Les règles démocratiques sont claires dans notre pays : il y a une initiative populaire qui demande l'adhésion. Elle aboutira sans doute sur une discussion qui sera menée devant les Chambres fédérales.

Cela est totalement indépendant des efforts que nous engageons dans la négociation EEE. Si nous voulons un bon traité, c'est précisément pour nous mettre à l'abri de la hâte que nécessiterait la négociation en vue d'une adhésion. Nous ne voulons pas négocier en catastrophe.

Nous ne pourrions pas éviter la multitude des prises de position en la matière. Nous espérons néanmoins pouvoir mener cette discussion après avoir réussi les négociations actuelles.

Les transformations en Europe centrale et orientale sont importantes, et interviennent certainement dans la volonté clairement exprimée par les ministres le 19 décembre de ne pas voir échouer les négociations EEE. Le premier avantage de l'EEE sera de permettre à notre pays de réussir une intégration assez large et d'être mis au bénéfice du Marché unique de 1993.

Zbinden Hans: Wie sieht die weitere Zusammenarbeit aus? Nehmen Verhandlungsdelegation und Bundesrat nochmals mit unseren beiden Kommissionen Kontakt auf, bevor Entscheidungen getroffen werden?

Bundesrat Delamuraz: Ja.

Blankart: Zu Frau Grendelmeier: Die Umweltschutz- und Gesundheitsschutzvorschriften sind ein äusserst heikles Thema: Die EG will hier keine Ausnahmen; es wird unterschieden zwischen den Fällen, über die eine Rechtsharmonisierung stattgefunden hat bzw. eben nicht. Die Schweiz darf nicht vor die Situation gestellt werden, dass sie sich entscheiden muss zwischen Europa und Umweltschutz. Das Problem ist aber noch nicht gelöst.

Zu Herrn Reimann: Das persönliche Verhältnis zu den Oesterreichern ist gut, ebenso die Zusammenarbeit; sie haben aber heute andere Interessen als wir: Die Oesterreicher wollen den Vertrag möglichst rasch unter Dach bringen; für uns ist der Inhalt wichtiger.

Die Kommission beschliesst mit 15 zu 13 Stimmen, auf die mündlichen Referate der Herren Bundesräte Delamuraz und Felber zum Punkt 2 der Tagesordnung zu verzichten; sie werden schriftlich abgegeben werden.

(Siehe Anhang)

Frau Segmüller: Meines Erachtens spielt die Beurteilung der politischen Dimension eine massgebliche Rolle für die weitere Entwicklung, bspw. betreffend EG-Parlament. Die EG-Parlamentarier haben eine gespaltene Haltung: Einerseits stehen sie dem EWR positiv gegenüber, andererseits sind sie misstrauisch gegenüber der Vorstellung, Kompetenzen abgeben zu müssen; sie möchten mehr Mitsprache. Eine Entwicklung in Richtung politische Union gäbe ihnen diese Kompetenzen.

Auch die Oesterreicher und die Schweden haben in Dublin plötzlich feststellen müssen, dass EWR doch viele Vorteile bieten würde. Ich bin überzeugt, dass diese politische Union in Zukunft immer wichtiger werden wird.

Nussbaumer: Offenbar ist der Vollzug des EG-Rechts vielfach gar nicht so einfach, bspw. Italien hat das EG-Recht bisher nur partiell realisiert. Könnte die Schweiz im Falle eines Beitritts diesbezüglich auf Goodwill hoffen?

Mühlemann: In den letzten Wochen hat sich die Weltlage wesentlich verändert: Westeuropa ist verteidigungsmässig schwächer gestellt als früher. Ist es denkbar, dass die politische Union schlussendlich auch eine sicherheitspolitische Union wird?

Rychen: Die politische Union scheint sehr verschiedene Vorstellungen zu beinhalten. Wie beurteilt bzw. definiert der Bundesrat diese politische Union?

Bircher Silvio: Unter dem Begriff politische Union werden verschiedene institutionelle Reformen gehandelt, denen die Schweiz sicher nicht opponiert.

Meine Frage steht in Zusammenhang mit den Divergenzen innerhalb der EG vor Kriegsausbruch: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen auf die schweizerische Neutralität?

Reimann Maximilian: Die sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei ist zurzeit gross; die EG will die Türkei aber in absehbarer Zeit nicht aufnehmen. Wie beurteilen Sie diesen Widerspruch?

M. Felber, Conseiller fédéral : Les réponses à la plupart des questions vous seront données dans notre rapport.

Rappelons que les travaux officiels de la Communauté pour parler de l'Union politique européenne viennent de commencer (le 4 février 91).

Si les événements du Golfe ont montré des attitudes différentes entre les Douze, il n'en reste pas moins qu'ils vont sans doute servir de catalyseur, et l'Union politique européenne va s'attacher à fixer une politique extérieure ainsi qu'une politique de sécurité commune, dans la voie d'une supranationalité.

Il est difficile de dire quand l'Europe sera unifiée, mais nous essaierons de vous répondre dans les documents que nous vous adresserons.

(à Mme Segmüller) On peut comprendre l'étonnement de la Suède et de l'Autriche devant de tels développements, car il est certain que le mouvement est lancé.

Kellenberger: Zum Vollzug des EG-Rechts: Hier ist vieles verbesserungswürdig, nicht nur in den südlichen Ländern. Die EG ist daran, entsprechende Instrumente zu erarbeiten. Aus diesem Grund ist es für uns wichtig, dass ein EWR-Gerichtshof realisiert wird.
Zu Herrn Rychen: Die politische Union ist in der Tat nicht genau definiert. Gewisse Inhalte (bspw. die demokratische Legitimität) können sicher rascher realisiert werden als andere.
Die EG tut sich schwer bezüglich Türkei: Wirtschaftliche Gründe (bspw. der freie Personenverkehr) sind sicher Hindernisse; ein Beitritt ist auch nicht denkbar, solange das Zypern-Problem nicht gelöst ist. Andererseits ist richtig, dass die strategische Bedeutung der Türkei für Westeuropa natürlich zugenommen hat.

Biel: Kritische Fragen wurden heute beiseite geschoben. Damit wir die Situation richtig einschätzen können, müssen vermehrt auch Schwächen betrachtet werden.

Schluss der Sitzung um 19.45 Uhr
La séance est levée à 19 h 45

Stand der Arbeiten der Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie über die politische Union

Etat des travaux au sein des conférences intergouvernementales relatives à une Union économique et monétaire et à une Union politique

Aus Zeitgründen war es nicht möglich, dieses Traktandum zu behandeln. In der Beilage finden Sie die von den beiden Departementsvorstehern vorgesehenen einleitenden Exposés.

Anhang/Annexe

BUREAU DE L'INTEGRATION DFAE/DFEP
col/hem

11 février 1991

Conseil national.

Commission économique. Séance commune avec la
Commission des affaires étrangères du 11 février 1991

Introduction du Chef du DFEP, M. le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz

Etat des travaux sur l'Union économique et monétaire (UEM)

1. Le développement des travaux de la CE sur l'union économique et monétaire (UEM) jusqu'en octobre 1990 figurent dans le Rapport d'information du Conseil fédéral sur la position de la Suisse dans le processus d'intégration européenne du 26 novembre 1990.
2. Rappel: l'union économique et l'union monétaire doivent être réalisées simultanément en trois étapes. La première étape a commencé en juillet 1990 avec la mise en oeuvre de la libéralisation des mouvements de capitaux. D'autre part, l'année dernière l'Espagne et le Royaume-Uni ont rejoint le mécanisme de change, c'est-à-dire le système de taux de change fixes (avec une faible marge de fluctuation permise) du système monétaire européen (SME). C'est aussi au cours de cette première phase que devront être menées à terme les modifications du Traité de Rome qui devraient constituer la base juridique et institutionnelle nécessaire à la réalisation de l'UEM. La deuxième phase est conçue comme une phase de transition, pendant laquelle il y aurait un passage graduel des compétences nationales au niveau communautaire. Il a été décidé qu'elle commencerait le 1er janvier 1994. La troisième phase sera caractérisée par le passage complet des compétences nationales au niveau communautaire en matière de politique monétaire et de taux de change.
3. Le 15 décembre dernier a été ouverte la Conférence intergouvernementale chargée de la révision du Traité CEE en vue de la deuxième et troisième

phase de l'UEM. Il y a un très large consensus parmi 11 Etats membres de la Communauté concernant les objectifs à atteindre au terme de ces deux phases. La Grande-Bretagne n'a pas (encore) accepté le concept d'une politique monétaire centralisée au niveau communautaire. Le consensus des 11 pays porte sur:

- une politique monétaire unique menée par la Banque centrale européenne avec pour but principal la stabilité des prix,
- une monnaie unique,
- l'indépendance, la structure fédérale et la soumission à un contrôle démocratique (selon toute probabilité du Parlement européen) des nouvelles institutions monétaires,
- l'attribution de la compétence en matière de politique de taux de change aux autorités politiques de la Communauté (probablement le Conseil économique et financier),
- la nécessité d'une coopération étroite des autorités nationales dans le domaine des politiques macroéconomiques et budgétaires,
- l'impossibilité d'un financement des déficits budgétaires par la création de monnaie et l'absence d'une aide "automatique" communautaire pour des Etats membres ayant des problèmes budgétaires.

Sur la base de ce large consensus et de la position plus coopérative et flexible du nouveau Gouvernement britannique les chances de la Conférence intergouvernementale sont jugées bonnes. On s'attend à un achèvement des travaux pendant cette année encore et à la ratification du traité en 1992. Le passage à la deuxième phase de l'UEM a déjà été fixé au 1.1.1994, et celui à l'étape finale de l'UEM pourrait se faire vers la fin du siècle.

4. Ceci dit, des questions importantes restent encore ouvertes et devront être tranchées par les Chefs d'Etat de la CE, dont:
 - l'étape à laquelle la Banque centrale européenne sera en fonction (deuxième, troisième?)

- le partage des responsabilités, autres que la conduite de la politique monétaire, entre banques centrales nationales et Banque centrale européenne, notamment en ce qui concerne la surveillance bancaire;
 - la politique de taux de change et d'interventions communes vis-à-vis de l'extérieur, en particulier du dollar et du yen.
5. L'UEM ne fait pas partie de l'espace économique européen que nous sommes en train de négocier. C'est là une des différences importantes entre l'EEE et une adhésion.

Comme pour le système monétaire européen, qui fonctionne depuis plus de dix ans, nous voyons d'un bon oeil la constitution d'une UEM car:

- une zone de stabilité monétaire en Europe est dans l'intérêt de la Suisse,
- l'accroissement de discipline monétaire et budgétaire va dans le sens de la politique économique jusqu'ici pratiquée par le Conseil fédéral et la Banque nationale suisse,
- une monnaie unique dans la Communauté réduira les coûts de transactions et les risques de change aussi pour les opérateurs économiques suisses.

Par contre, une adhésion de la Suisse au système monétaire européen (SME), premier pas pour un rapprochement de l'UEM, est difficilement imaginable: la CE n'est pas prête à l'envisager pour un pays non membre, compte tenu notamment de l'envergure que prendra l'UEM. Le Conseil fédéral se prononcera sur cette question en réponse au postulat du Groupe radical qui lui demande "de soumettre la politique de stabilité et la politique monétaire de notre pays à une analyse approfondie et à étudier les conséquences qu'aurait l'intégration du franc suisse, dans le système monétaire européen".

DEPARTEMENT FEDERAL DES AFFAIRES ETRANGERES
SERVICE ECONOMIQUE ET FINANCIER

Berne, le 11 février 1991

Séance commune
des Commissions des affaires étrangères
et des affaires économiques
du Conseil national

Intervention du chef du DFAE, M. le Conseiller Fédéral René Felber

Etat de l'Union économique et monétaire (UEM)

1. Le deuxième rapport sur la position de la Suisse dans le processus d'intégration européenne du 26 novembre 1990 mentionne l'Union économique et monétaire comme l'un des prochains pas essentiels du projet communautaire, mais ne s'y arrête pas dans la mesure où la dimension monétaire n'est pas un élément constitutif de l'EEE. Néanmoins, la dynamique qui s'amorce à cet égard ne manquera pas de faire sentir ses effets sur nos relations avec la CE. Il convient donc de lui porter une attention soutenue. Comme vous le savez, le 15 décembre dernier, s'est ouverte à Rome la Conférence intergouvernementale sur l'UEM. Fort du succès du Système monétaire européen (SME), le projet d'UEM s'inscrit en premier lieu comme un prolongement logique du marché communautaire unique dont l'achèvement est prévu pour la fin de 1992. Il constitue par ailleurs un instrument aux yeux de ceux qui recherchent un approfondissement continu du processus d'intégration. En tout état de cause, le transfert de compétences qu'il impliquera rend évident le lien qui l'unit au projet parallèle d'union politique.

- 2 -

2. Les notions d'union monétaire et d'union économique ont été définies en avril 1989 dans le rapport Delors. La première notion faisait référence à la création d'une **monnaie unique**, tandis que la seconde désignait la nécessité de la **convergence économique** entre les Etats membres de la CEE. Le rapport Delors postulait la réalisation de l'UEM en 3 phases. Dans la foulée de la libéralisation totale des mouvements de capitaux, la **première phase** qui a débuté le 1er juillet 1990 devait accroître la convergence des politiques et des performances économiques des Etats membres, étendre le cercle des participants au mécanisme de change du SME et renforcer la coopération entre les banques centrales en vue d'une stabilité accrue des relations de change. Un pas majeur a été accompli le 8 octobre 1990 avec l'entrée de la livre dans le mécanisme de change. La **deuxième phase** devant débuter le 1er janvier 1994 verrait la mise en place d'un Système européen de banques centrales (SEBC) dont la tâche essentielle serait d'amorcer la transition vers la mise en oeuvre d'une politique monétaire commune. La **troisième phase** commencerait avec le passage à des parités irrévocablement fixées et aboutirait à l'adoption d'une monnaie unique.

3. Le rapport Delors a dès le départ bénéficié d'un large soutien, en particulier des gouvernements français et allemand qui avaient été les artisans de la création du SME en 1979. La seule véritable opposition est à l'origine venue de Grande-Bretagne. En lançant en juin 1990 une proposition alternative fondée sur la compétition entre les monnaies nationales existantes et une monnaie commune, l'ECU fort, le Royaume-Uni a pu donner l'impression de vouloir torpiller le projet Delors. Le gouvernement britannique s'en est défendu en arguant que l'ECU fort pourrait **évoluer vers une monnaie unique si les gouvernements et les peuples des Etats membres en décidaient ainsi**. Il a également donné un gage de bonne foi en liant la livre au mécanisme de change. L'Espagne a été le premier pays à se montrer sensible aux vues britanniques. En proposant un "Ecu panier dur" assez proche du concept de base du "plan Major", elle a contribué à placer la discussion sur des bases plus objectives. Au moment où certaines tensions se faisaient sentir au sein du SME à la suite de la politique monétaire très restrictive de la

- 3 -

Bundesbank, une certaine évolution est également intervenue dans la position française. Sans renoncer ni à l'UEM pleine et entière, ni à la monnaie unique, la France a produit dernièrement une contribution dont la caractéristique essentielle est de réaffirmer la nécessité de soumettre l'autorité monétaire au contrôle d'un "gouvernement économique" fondé sur une légitimité démocratique et de réussir la convergence économique.

Ce faisant, la France s'est quelque peu démarquée de l'Allemagne sur un point central, à savoir la question de l'indépendance de la future banque centrale européenne. Comme vous le savez, l'Allemagne, première puissance financière et monétaire d'Europe, jouera un rôle clé dans la réalisation de l'UEM. Pour des raisons politiques et comme son prédécesseur Schmidt, le chancelier Kohl mise sur le projet communautaire. En même temps, la Bundesbank et le ministère allemand des finances n'ont jamais caché leur scepticisme face à une approche qui place l'objectif institutionnel avant la convergence économique. La stratégie du gouvernement allemand a toujours été, pour désamorcer cette opposition, d'assurer l'indépendance de la future banque centrale européenne dont M. Pöhl, gouverneur de la Bundesbank, sera selon toute vraisemblance le premier président. En outre, l'Allemagne paraît pouvoir accepter une certaine flexibilité dans le calendrier de mise en oeuvre de l'UEM.

4. Telles sont donc les données actuelles de la question et la constellation face à laquelle la Conférence a commencé ses travaux. M. Delors, en réagissant parfois vivement aux idées nouvelles mises sur la table, a clairement laissé entendre qu'il était bien décidé à faire avancer rapidement les choses. C'est ma conviction qu'en dépit d'inévitables avatars, **le projet réussira**. Quelles en sont les conséquences à tirer pour la Suisse ?
5. La dimension monétaire du processus d'intégration communautaire n'a pas d'impact direct immédiat sur l'Espace économique européen, bien qu'elle soit liée à la libéralisation des mouvements de capitaux. Ceci étant, l'on ne saurait ignorer la dynamique qu'elle génère dès à présent. Preuve en est la position de certains de nos partenaires de l'AELE qui sont en

- 4 -

train de définir des types de rapprochement unilatéral avec le SME. Compte tenu de la qualité de monnaie de réserve joué par le franc, la Suisse se trouve à cet égard dans une situation particulière. La question de l'entrée de la Suisse au système monétaire européen ne se posera qu'en relation avec une adhésion formelle à la Communauté elle-même.

Par ailleurs, la Banque nationale suisse et le Conseil fédéral estiment qu'une adhésion ou une participation institutionnalisée au SME ou à l'UEM n'entreraient en considération que pour des Etats membres à part entière de la Communauté - c'est également l'avis de la Communauté elle-même. Toutefois, quelles que soient notre position de principe en matière d'adhésion et notre volonté de conserver notre autonomie monétaire, nous devons rester attentifs à tout danger d'isolement que les marchés pourraient traduire, avec le temps, par une trajectoire erratique du cours de notre monnaie. Dans la mesure où la CE sera en mesure d'atteindre des performances qui correspondent à nos objectifs de stabilité, nous aurons un intérêt clair à une démarche convergente en matière macro-économique. Afin à la fois de sauvegarder la défense de nos intérêts, de contribuer à la stabilité du système européen et d'influer favorablement sur les perceptions et les anticipations des marchés, il pourrait être à mon avis utile d'explorer à l'avenir les possibilités d'un dialogue macro-économique continu avec les organes communautaires compétents propre à favoriser cette convergence.

Verteiler

AAK

Datum: 25.2.91	
<input type="checkbox"/>	Sauvant
<input checked="" type="checkbox"/>	Robert
<input checked="" type="checkbox"/>	Huber
<input checked="" type="checkbox"/>	DZ
<input checked="" type="checkbox"/>	Komm. NR
<input checked="" type="checkbox"/>	Komm. SR Masami
<input checked="" type="checkbox"/>	Frakt. R / V
<input type="checkbox"/>	Sekr.
<input checked="" type="checkbox"/>	Ch. / mz.
<input checked="" type="checkbox"/>	Amtl. Bulletin
<input type="checkbox"/>	Finanzkomm.